

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 26. Sitzung des Stadtrates (SR/026/2011)

am Donnerstag, 14. April 2011,

16.00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr
Ende der Sitzung: 22.00 Uhr

Anwesend:

Leitung der Sitzung:

Dirk Hilbert, Erster Bürgermeister

CDU-Fraktion

Dr. Gudrun Böhm
Dr. Georg Böhme-Korn
Dr. Hans-Joachim Brauns
Jan Donhauser
Elke Fischer
Ingo Flemming
Dietmar Haßler
Steffen Kaden
Sebastian Kieslich
Lothar Klein
Lars-Detlef Kluger
Peter Krüger
Angelika Malberg
Christa Müller
Klaus Rentsch
Dr. Helfried Reuther
Monika Schiemann
Silke Schöps
Joachim Stübner
Gunter Thiele
Horst Uhlig
Anke Wagner
Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel
Dr. Margot Gaitzsch
Tilo Kießling
Annekatriin Klepsch
Gunild Lattmann
Jens Matthis
Katrin Mehlhorn
Hans-Jürgen Muskulus
Andreas Naumann
André Schollbach
Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Daniels
Christiane Filius-Jehne
Margit Haase
Ulrike Hinz
Jens Hoffsommer
Thomas Löser

Andrea Schubert
Torsten Schulze
Gerit Thomas
Thomas Trepte
Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Peter Bartels
Axel Bergmann
Thomas Blümel
Sabine Friedel
Wilm Heinrich
Richard Kaniewski
Dr. Peter Lames
Albrecht Pallas

FDP-Fraktion

Matteo Böhme
Dr. Thoralf Gebel
Jens Genschmar
Barbara Lässig
Eberhard Rink
André Schindler
Burkhard Vester
Holger Zastrow
Jens-Uwe Zastrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer
Christoph Hille
Jan Kaboth
Anita Köhler

fraktionslose Stadträte

Jens Baur
Hartmut Krien

Abwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

Fraktion DIE LINKE.

Kristin Klaudia Kaufmann

SPD-Fraktion

Martin Bertram

Gäste:

Frau Dr. Gantz zu TOP 23
Herr Stürmer zu TOP 28
Frau Dr. Unger zu TOP 35

Schriftführerin:

Frau Volbrecht, Frau Claus

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----|---|----------------------------------|
| 1 | Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse | |
| 2 | Bericht der Oberbürgermeisterin | |
| 3 | Aktuelle Stunde: Zukunft des Stadions | A0349/11
beschließend |
| 4 | Umbesetzung im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder | A0337/11
beschließend |
| 5 | Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VVO | A0353/11
beschließend |
| 6 | Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften | A0365/11
beschließend |
| 7 | Umbesetzung im Ausschuss für Kultur | A0368/11
beschließend |
| 8 | Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau | A0364/11
beschließend |
| 9 | Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft | A0363/11
beschließend |
| 10 | Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung | A0362/11
beschließend |
| 11 | Umbesetzung im Beirat Wohnen | A0366/11
beschließend |
| 12 | Umbesetzung im Ausländerbeirat | A0367/11
beschließend |
| 13 | Umbesetzung im Umlegungsausschuss | A0355/11
beschließend |
| 14 | Umbesetzung des Kleingartenbeirates | V1007/11
beschließend |
| 15 | Umbesetzung im Zweckverband Sparkasse | A0369/11
beschließend |
| 16 | Umbesetzung im Aufsichtsrat der Technische Werke Dresden GmbH | A0356/11
beschließend |
| 17 | Umbesetzung im Ortsbeirat Neustadt | A0372/11
beschließend |
| 18 | Tagesordnungspunkte ohne Debatte | |

19	Eintrittspreise Sonderkonzerte Dresdner Musikfestspiele	V0918/11 beschließend
20	Widerrufsvorbehalt für die Förderung des Vereins Roter Baum e. V.	A0382/11 beschließend
21	Wilsdruffer Vorstadt: Kenntnisnahme VU-Bericht und Auftrag zur Akquirierung von Fördermitteln	V0367/09 beschließend
22	Verkauf des Grundstückes Bautzner Straße 112 bis 116	V0895/11 beschließend
23	Optimierung der Struktur und der Dienstleistungsqualität des Bürgerservice in der Landeshauptstadt Dresden	V0763/10 beschließend
24	Fortschreibung des verkehrlichen Rahmenplanes für das Kerngebiet der Äußeren Neustadt Dresden	V0783/10 beschließend
25	Erhalt und Entwicklung eines strukturreichen Altbaumbestandes auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Dresden	A0205/10 beschließend
26	Einführung einer Gruppenkarte für Schulen und Kindergärten zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen des Unterrichts (Unterrichtsfahrkarte)	A0167/10 beschließend
27	Musikalische Bildung	A0204/10 beschließend
28	Erweiterung des Skaterparkes an der Lingnerallee	A0215/10 beschließend
29	Unterstützung der Landeshauptstadt Dresden für ein Sanktionsmoratorium	A0281/10 beschließend
30	Erwerb der Erweiterungsfläche am Alaunplatz, Gemarkung Dresden-Neustadt, Flurstück 2865/1, (ehemaliger sogenannter „Russensportplatz“)	A0285/10 beschließend
31	Sicherung der Möglichkeit zur Westerweiterung des Alaunparks	A0286/10 beschließend
32	Verkehrsberuhigte Zone Altlaubegast	A0297/10 beschließend
33	Sicherung des Betriebes der Schwimmhalle Klotzsche	A0299/10 beschließend
34	Dresden – Stadt der bewegungsfreudigen und gesunden Kinder: Modellkonzept für fortschrittliche Bewegungs- und damit Gesundheitsförderung im Kindesalter	A0305/10 beschließend
35	Baustein für ökologischen Stadtumbau – Passivhausstandard für stadteigene und städtisch genutzte Gebäude	A0273/10 beschließend
36	Bibliotheksentwicklungsplan 2011 – 2013	V0762/10 beschließend

37	Aufnahme der Kindertageseinrichtung Otto-Harzer-Straße in 01156 Dresden in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen Dresden	V0764/10 beschließend
38	Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Jahresabschlüsse der beiden städtischen Krankenhäuser für die Jahre 2011 und 2012	V0975/11 beschließend
39	Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (IN-SEK 2002)	V0890/10 beschließend
40	Fragestunde der Stadträtinnen und Stadträte (1 Fragerunde)	

öffentlich

Einleitung:

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet die 26. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 14. April 2011, und stellt die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er verweist darauf, dass der TOP 3, Aktuelle Stunde, vom Einreicher vertagt wurde. Deshalb wurde zu einer Fragestunde, 1 Runde, nachgeladen.

Abstimmung der TO:

Der TOP 38 wird ohne Debatte behandelt.

Die TOP 30 und 31 werden gemeinsam behandelt.

TOP 15 wurde vom Einreicher vertagt.

Herr Stadtrat Kießling beantragt zum TOP 28 erneut Rederecht für Herrn Fred Stürmer und Behandlung nach der Pause.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Pallas beantragt zum TOP 23 erneut Rederecht für Frau Dr. Gantz und Behandlung nach der Pause.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Löser beantragt zum TOP 35 erneut Rederecht für Frau Dr. Unger und Behandlung nach der Pause.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht mehrheitlich zu.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt vor, alle drei TOP mit Rederecht nach der Pause zu behandeln. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der so veränderten TO mehrheitlich zu.

1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Herr Erster Bürgermeister Hilbert informiert über folgende in nicht öffentlicher Sitzung am 24. März 2011 gefasste Beschlüsse:

V0876/10

Besetzung der Stelle Abteilungsleiter/-in Denkmalschutz/Denkmalpflege

V0925/11

Bestellung eines Geschäftsführers für das Jobcenter durch die Trägerversammlung des Jobcenters nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)

V0958/11

Privatisierungsvertrag WOBA DRESDEN GMBH

2 Bericht der Oberbürgermeisterin

Herr Erster Bürgermeister Hilbert informiert über folgende Themen:

- Aktueller Stand zum Spendenaufruf vom 23. März 2011 „Dresden hilft“ für die Opfer des Tsunamis in Japan.

Schüler des Kreuzgymnasiums bedanken sich für die rege Teilnahme an der Spendenaktion für Japan. Sie überreichen Herrn Bürgermeister Hilbert einen Spendenbetrag von 305,06 Euro.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert verweist darauf, dass der aktuelle Spendenstand per 13. April 2011 26.000 Euro betrage. Er bedankt sich bei allen Spendern, insbesondere beim Kreuzchor und der Philharmonie, die mit der Benefiz-Vesper insgesamt 10 000 Euro zu dieser Summe beigetragen haben. Neben dem Kreuzgymnasium seien weitere Gymnasien sehr engagiert gewesen. Die TU, die DMG, die Kita Fuchsbau und viele andere mehr haben sich an dieser Aktion beteiligt.

Die arche noVA befinde sich in engem Kontakt mit der japanischen Hilfsorganisation „NICCO“ und werde die Nothilfe-Maßnahmen mit den eingegangenen Spenden finanziell und inhaltlich unterstützen.

Die Verwaltung werde auch weiterhin über die Verwendung der Spenden informieren.

- Im Zusammenhang mit der internationalen Woche weilen Gäste aus der Partnerschaft Hangzhou in Dresden, die teilweise die heutige Stadtratssitzung verfolgen werden.
- Ein weiterer Höhepunkt sei der Besuch der Königin von Niederlande in Dresden.
- Anfang der Woche weilte Herr Erster Bürgermeister Hilbert gemeinsam mit Vertretern der Fraktionen in Brüssel. Besondere Schwerpunkte seien u. a. die Europaarbeit, die Zukunft der Kohäsionspolitik sowie das Energiekonzept in Europa gewesen.

- In Auswertung der Reise seien interessante Diskussionen aufgekommen, die man weiter verfolgen werde, u. a. die Frage, wie beschäftige sich der Rat mit Europapolitik, gebe es entsprechende Interaktionen. Eine Möglichkeit, die ggf. im Ältestenrat besprochen werden müsse, sei, einen Ausschuss des Stadtrates mit diesem Geschäftskreis zu erweitern, um inhaltlich solche Thematiken erörtern zu können.

3 Aktuelle Stunde: Zukunft des Stadions

**A0349/11
beschließend**

Vertagung

4 Umbesetzung im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder

**A0337/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den **TOP 4**, TOP 5, TOP 6, TOP 7, TOP 8 und TOP 9 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	68
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	68, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,23) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,68) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	9 Stimmen (1,26) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,12) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (1,12) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,56) = 1 Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Betriebsausschusses für Sportstätten und Bäder.

Mitglied

1. Stellvertreter/-in

2. Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Dietmar Haßler
Lars-Detlef Kluger
Anke Wagner

Peter Krüger
Jan Donhauser
Silke Schöps

Ingo Flemming
Joachim Stübner
Monika Schiemann

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Margot Gaitzsch
Tilo Kießling

Tilo Wirtz
Hans-Jürgen Muskulus

Annekatriin Klepsch
Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Trepte Gerit Thomas Christiane Filius-Jehne

SPD-Fraktion

Thomas Blümel Richard Kaniewski Axel Bergmann

FDP-Fraktion

Barbara Lässig Jens Genschmar Matteo Böhme

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Jan Kaboth Christoph Hille Franz-Josef Fischer

Abstimmungsergebnis:

gewählt

5 Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VVO

**A0353/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 4, **TOP 5**, TOP 6, TOP 7, TOP 8 und TOP 9 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	68
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	68, davon 5 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (4,01) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	10 Stimmen (1,74) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,92) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,39) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	7 Stimmen (1,22) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,69) = 1 Sitz

Ergebnis der Listenwahl des Hauptausschusses

(Wahl erfolgte im zweiten Wahldurchgang)

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	67
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	67, davon 2 ungültige Stimmen

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (1,41) = 1 Sitz
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (0,67) = 1 Sitz
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (0,67) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (0,49) = kein Sitz

Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (0,49) = 1 Sitz (durch Losentscheid)
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,26) = kein Sitz

Zwischen den Listen 4 und 5 erfolgt ein Losentscheid. Der Älteste des Stadtrates, Herr Stadtrat Uhlig, nimmt den Losentscheid vor. Im Ergebnis entfällt das Los auf Liste 5.

1. **Der Stadtrat** wählt im Listenwahlverfahren gemäß § 52 Abs. 3 S. 3 i. V. m. § 16 Abs. 4 SächsKomZG elf Vertreterinnen/Vertreter bzw. Stellvertreterinnen/Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe.

Vertreter/-in

Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Elke Fischer
Dietmar Haßler
Klaus Rentsch
Horst Uhlig

Dr. Gudrun Böhm
Lothar Klein
Joachim Stübner
Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Kristin Klaudia Kaufmann
Jens Matthis

Hans-Jürgen Muskulus
Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Elke Zimmermann
Margit Haase

Andrea Schubert
Gerit Thomas

SPD-Fraktion

Axel Bergmann

Albrecht Pallas

FDP-Fraktion

Eberhard Rink

André Schindler

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

Anita Köhler

2. Aus dem Kreis der gewählten elf Vertreterinnen/Vertreter werden vier Vertreterinnen/Vertreter und vier Verhinderungsvertreterinnen/Verhinderungsvertreter für den Hauptausschuss des Z-VOE gewählt.

Vertreter/-in

Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Elke Fischer

Dietmar Haßler

Fraktion DIE LINKE.

Jens Matthis

Kristin Klaudia Kaufmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Margit Haase

Elke Zimmermann

FDP-Fraktion

Eberhard Rink

André Schindler

Abstimmungsergebnis:

gewählt

6 Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften**A0365/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 4, TOP 5, **TOP 6**, TOP 7, TOP 8 und TOP 9 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	68
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	68, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,95) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	10 Stimmen (1,71) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,89) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,37) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (1,37) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,68) = 1 Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften.

Mitglied**1. Stellvertreter/-in****2. Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Dr. Georg Böhme-Korn
Peter Krüger
Monika Schiemann
Silke Schöps

Joachim Stübner
Sebastian Kieslich
Gunter Thiele
Lars-Detlef Kluger

Dr. Helfried Reuther
Steffen Kaden
Jan Donhauser
Ingo Flemming

Fraktion DIE LINKE.

Jens Matthis
Tilo Kießling

Anja Apel
André Schollbach

Andreas Naumann
Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die GrünenDr. Wolfgang Daniels
Andrea SchubertTorsten Schulze
Ulrike HinzJens Hoffsommer
Thomas Trepte**SPD-Fraktion**

Thomas Blümel

Wilm Heinrich

Dr. Peter Lames

FDP-Fraktion

Holger Zastrow

Jens Genschmar

Dr. Thoralf Gebel

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Christoph Hille

Franz-Josef Fischer

Jan Kaboth

Abstimmungsergebnis:

gewählt

7 Umbesetzung im Ausschuss für Kultur**A0368/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 4, TOP 5, TOP 6, TOP 7, TOP 8 und TOP 9 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	68
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	68, davon 6 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (4,08) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,92) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	10 Stimmen (1,74) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,22) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	7 Stimmen (1,22) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,70) = 1 Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Kultur.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
CDU-Fraktion		
Sebastian Kieslich Christa Müller Horst Uhlig Stefan Zinkler	Peter Krüger Dietmar Haßler Dr. Gudrun Böhm Anke Wagner	Steffen Kaden Elke Fischer Gunter Thiele Lothar Klein
Fraktion DIE LINKE.		
Annekatriin Klepsch Gunild Lattmann	Tilo Kießling Anja Apel	Katrin Mehlhorn Kristin Klaudia Kaufmann
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Christiane Filius-Jehne Ulrike Hinz	Torsten Schulze Elke Zimmermann	Thomas Löser Thomas Trepte
SPD-Fraktion		
Wilm Heinrich	Richard Kaniewski	Martin Bertram
FDP-Fraktion		
Barbara Lässig	Matteo Böhme	André Schindler
BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion		
Jan Kaboth	Christoph Hille	Anita Köhler

Abstimmungsergebnis:

gewählt

8 Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau **A0364/11**
beschließend

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 4, TOP 5, TOP 6, TOP 7, **TOP 8** und TOP 9 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	68
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	68, davon 3 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	22 Stimmen (3,72) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,86) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,86) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,18) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (1,35) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,67) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,33) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
-----------------	------------------------------	------------------------------

CDU-Fraktion

Dr. Hans-Joachim Brauns	Joachim Stübner	Lars-Detlef Kluger
Klaus Rentsch	Dietmar Haßler	Silke Schöps
Lothar Klein	Jan Donhauser	Stefan Zinkler
Gunter Thiele	Horst Uhlig	Ingo Flemming

Fraktion DIE LINKE.

Kristin Klaudia Kaufmann	Tilo Kießling	Andreas Naumann
Tilo Wirtz	Hans-Jürgen Muskulus	Jens Matthis

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Margit Haase	Elke Zimmermann	Christiane Filius-Jehne
Thomas Löser	Dr. Wolfgang Daniels	Ulrike Hinz

SPD-Fraktion

Axel Bergmann	Peter Bartels	Albrecht Pallas
---------------	---------------	-----------------

FDP-Fraktion

Matteo Böhme	Holger Zastrow	Jens Genschmar
--------------	----------------	----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer	Anita Köhler	Jan Kaboth
---------------------	--------------	------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

9 Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft

**A0363/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 4, TOP 5, TOP 6, TOP 7, TOP 8 und **TOP 9** und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	68
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	68, davon 4 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,95) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	10 Stimmen (1,71) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	12 Stimmen (2,06) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,20) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	7 Stimmen (1,20) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,68) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	1 Stimmen (0,17) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
-----------------	------------------------------	------------------------------

CDU-Fraktion

Dr. Georg Böhme-Korn	Sebastian Kieslich	Steffen Kaden
Christa Müller	Angelika Malberg	Ingo Flemming
Dr. Helfried Reuther	Gunter Thiele	Klaus Rentsch
Joachim Stübner	Dr. Hans-Joachim Brauns	Horst Uhlig

Fraktion DIE LINKE.

Andreas Naumann	Hans-Jürgen Muskulus	Gunild Lattmann
Dr. Margot Gaitzsch	Tilo Wirtz	Kristin Klaudia Kaufmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Elke Zimmermann	Jens Hoffsommer	Dr. Wolfgang Daniels
Andrea Schubert	Torsten Schulze	Thomas Trepte

SPD-Fraktion

Albrecht Pallas	Martin Bertram	Axel Bergmann
-----------------	----------------	---------------

FDP-Fraktion

Burkhard Vester	Jens Genschmar	Jens-Uwe Zastrow
-----------------	----------------	------------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler	Christoph Hille	Franz-Josef Fischer
--------------	-----------------	---------------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

10 Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung**A0362/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den **TOP 10**, TOP 11, TOP 12, TOP 13 und TOP 16 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	67
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	67, davon 2 ungültige Stimmen

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,89) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,86) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,86) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (1,18) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	7 Stimmen (1,18) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,67) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,33) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 und § 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung.

Mitglied**1. Stellvertreter/-in****2. Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Dr. Gudrun Böhm
Ingo Flemming
Dietmar Haßler
Steffen Kaden

Lothar Klein
Stefan Zinkler
Klaus Rentsch
Christa Müller

Jan Donhauser
Monika Schiemann
Gunter Thiele
Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

André Schollbach
Andreas Naumann

Annekatriin Klepsch
Tilo Wirtz

Jens Matthis
Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne
Torsten Schulze

Dr. Wolfgang Daniels
Thomas Trepte

Andrea Schubert
Margit Haase

SPD-Fraktion

Dr. Peter Lames

Wilm Heinrich

Thomas Blümel

FDP-Fraktion

Eberhard Rink

Dr. Thoralf Gebel

Barbara Lässig

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Christoph Hille

Jan Kaboth

Franz-Josef Fischer

Abstimmungsergebnis:

gewählt

11 Umbesetzung im Beirat Wohnen**A0366/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 10, **TOP 11**, TOP 12, TOP 13 und TOP 16 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	67
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	67, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	22 Stimmen (2,96) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	13 Stimmen (1,77) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	9 Stimmen (1,22) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,09) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (1,09) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,54) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,27) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt die von den Fraktionen vorgeschlagenen neun Stadträtinnen/Stadträte und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter für den Beirat Wohnen.

Mitglied**Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Peter Krüger
Angelika Malberg
Klaus Rentsch

Joachim Stübner
Dr. Helfried Reuther
Christa Müller

Fraktion DIE LINKE.

Kristin Klaudia Kaufmann
Tilo Wirtz

Hans-Jürgen Muskulus
Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Löser

Margit Haase

SPD-Fraktion

Peter Bartels

Sabine Friedel

FDP-Fraktion

Jens Genschmar

Burkhard Vester

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

Franz-Josef Fischer

Abstimmungsergebnis:

gewählt

12 Umbesetzung im Ausländerbeirat

**A0367/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 10, TOP 11, **TOP 12**, TOP 13 und TOP 16 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	67
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	67, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	22 Stimmen (2,96) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	13 Stimmen (1,77) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,50) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,09) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (1,09) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,54) = 1 Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO die Stadträtinnen/Stadträte als Mitglieder sowie deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter in den Ausländerbeirat.

Mitglied**Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Angelika Malberg
 Dr. Helfried Reuther
 Silke Schöps

Sebastian Kieslich
 Peter Krüger
 Lothar Klein

Fraktion DIE LINKE.

Andreas Naumann
 Hans-Jürgen Muskulus

Kristin Klaudia Kaufmann
 Jens Matthis

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Elke Zimmermann

Christiane Filius-Jehne

SPD-Fraktion

Richard Kaniewski

Sabine Friedel

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow

André Schindler

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

Anita Köhler

Abstimmungsergebnis:

gewählt

13 Umbesetzung im Umlegungsausschuss

**A0355/11
 beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 10, TOP 11, TOP 12, **TOP 13** und TOP 16 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	67
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	67, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	25 Stimmen (1,89) = 2 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	10 Stimmen (0,75) = 1 Sitz
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (0,83) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (0,60) = kein Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	12 Stimmen (0,90) = 1 Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren 5 Stadträtinnen/Stadträte und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter in den Umlegungsausschuss.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
----------	-----------------------	-----------------------

CDU-Fraktion

Klaus Rentsch	Lothar Klein	Ingo Flemming
Joachim Stübner	Elke Fischer	Dr. Gudrun Böhm

Fraktion DIE LINKE.

Andreas Naumann	Tilo Wirtz	André Schollbach
-----------------	------------	------------------

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Trepte	Thomas Löser	Margit Haase
---------------	--------------	--------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer	Christoph Hille	Jan Kaboth
---------------------	-----------------	------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

14	Umbesetzung des Kleingartenbeirates	V1007/11 beschließend
-----------	--	----------------------------------

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich analog § 42 Abs. 2 SächsGemO auf folgende Umbesetzung:

Konrad Haß scheidet aus. Der Stellvertreter Frank Hoffmann wird neues Mitglied. Vertreter von Frank Hoffmann wird Udo Seiffert, Elb villenweg 2, 01139 Dresden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

15	Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse „Ostsächsische Sparkasse Dresden“	A0369/11 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Vertagung

16 Umbesetzung im Aufsichtsrat der Technische Werke Dresden GmbH

**A0356/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Es findet Listenwahl statt.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert eröffnet den Wahlvorgang zu den TOP 10, TOP 11, TOP 12, TOP 13 und **TOP 16** und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	67
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	67, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	Interfraktioneller Vorschlag	66 Stimmen
---------	------------------------------	------------

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Krien rüge den Wahlvorgang. Er habe einen Stadtrat beobachtet, der außerhalb der Wahlkabine seine Stimmzettel gekennzeichnet habe. Das sei nicht zulässig, die Wahl sei ungültig.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert habe das von seiner Seite nicht feststellen können, nehme den Hinweis zur Kenntnis.

Herr Stadtrat Krien werde diese Wahl anfechten, wenn Herr Erster Bürgermeister Hilbert das so nicht akzeptiere.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden wählt gemäß § 98 Abs. 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 SächsGemO sowie § 8 des Gesellschaftsvertrages der Technische Werke Dresden GmbH folgende 9 Personen als Mitglieder für den Aufsichtsrat der Gesellschaft:

Dr. Georg Böhme-Korn
Ingo Flemming
Lars-Detlef Kluger
André Schollbach
Tilo Kießling
Klaus Gaber
Dr. Wolfgang Daniels
Thomas Blümel
Dr. Thoralf Gebel

Abstimmungsergebnis:

gewählt

17 Umbesetzung im Ortsbeirat Neustadt

**A0372/11
beschließend**

Herr Erster Bürgermeister Hilbert schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich auf die Umbesetzung im Ortsbeirat Neustadt entsprechend dem Vorschlag der BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion:

Roswitha Beyer, Ritterstraße 25, 01097 Dresden, wird Stellvertreterin für das Mitglied Dr. Martin Schulte-Wissermann.

Monika Kempka scheidet als Stellvertreterin aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

18 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

Abstimmung des TOP 38.

19 Eintrittspreise Sonderkonzerte Dresdner Musikfestspiele

**V0918/11
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldung:

Herr Stadtrat Krien spricht sich für die Vorlage aus, denn hohe Preise für beste Qualität seien lobenswert. Mit dem eingenommenen Geld sollten dann für weniger betuchte Besucher Niedrigpreise und Zuschüsse angeboten werden.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Kultur mit 58 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt die Eintrittspreise für die Sonderkonzerte der Dresdner Musikfestspiele am 2./3. September 2011 gemäß Anlage.

Anlage: Preistabelle Sonderkonzerte DMF am 2./3. September 2011

Datum	Beginn	Ort	Kurztitel	PG 1	PG 2	PG 3	PG 4	PG 5	PG 6/ Hörplätze
				Angaben in Euro					
02.09.2011	20.00	Kulturpalast Dresden	Philadelphia Orchestra (Janzen/Dutoit)	75,00	55,00	45,00	35,00	20,00	
03.09.2011	21.00	Semperoper	Chicago Symphony Orchestra (Muti)	145,00	95,00	75,00	40,00	20,00	8,00

Ermäßigungen und Gebühren

Ca. 25 % Ermäßigung für: Schüler/Schülerinnen, Studierende, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende sowie Personen, die sich im Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) befinden, gegen Vorlage des Ausweises. Bei nicht ausverkauften

Veranstaltungen erhält dieser Personenkreis ab 30 Minuten vor Veranstaltungsbeginn 50 % Ermäßigung.

Ca. 50 % Ermäßigung für: Schwerbehinderte ab 80 % (GdB) Behinderung und deren Begleitpersonen, Inhaber/Inhaberinnen des Dresden-Passes sowie Empfänger/ Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II und Leistungen nach 3. und 4. Kapitel SGB XII gegen Vorlage eines gültigen Nachweises.

Die Ermäßigungsnachweise sind unaufgefordert am Einlass vorzulegen.

Bei Ticketversand mit Rechnungslegung wird eine Bearbeitungsgebühr von 5,00 Euro pro Sendung, für Gruppenbestellungen ab 10 Personen eine Bearbeitungsgebühr von 1,50 Euro pro Karte erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 58 Nein 0 Enthaltung 0

20 Widerrufsvorbehalt für die Förderung des Vereins Roter Baum e. V. **A0382/11 beschließend**

Herr Stadtrat Klein erläutert und begründet den Antrag der CDU-Fraktion vom 1. März 2011. Er bittet alle demokratischen Fraktionen des Stadtrates um Zustimmung, denn wer diesen Antrag unterstütze, distanziere sich klar von den linksextremistischen Tendenzen in der Stadt. Wer davon überzeugt sei, dass die Verantwortlichen des Roten Baumes nicht mit den linksextremistischen Gewalttaten zu tun haben, der sollte den Antrag erst recht unterstützen. Wer diesen Antrag aber ablehne, nehme u. U. die finanzielle Unterstützung linksextremer Gewalt und Anarchie in der Stadt billigend in Kauf und toleriere sie letztlich. Diese Gewissensentscheidung müsse jeder heute hier für sich selbst treffen.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Genschmar stellt klar, dass die FDP-Fraktion diesen Antrag selbstverständlich unterstützen werde. Das sollte auch jede demokratische Partei in diesem Rat tun. Der Stadtrat sei gewählt worden, um verantwortungsvoll mit den Steuergeldern der Dresdner Bevölkerung umzugehen. Er finde es gut, dass der Antrag in der Stadtratssitzung am 3. März 2011 nicht als Eilantrag zugelassen wurde.

Er verweist auf eine Information in der Presse, wo Herr Haase, Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, zitiert werde: „Die Beschädigung von zwei Reisebussen rechtsextremer Demonstranten könne aus dem Haus der Begegnung oder aus den Räumen des Jugendclubs Roter Baum e. V. heraus gelenkt worden sein“. Das bestätige durchaus die FDP-Fraktion in ihrer Vermutung, an dieser Stelle wachsam zu sein, sei aber definitiv keine Vorverurteilung.

Herr Stadtrat Schollbach habe erklärt, dass es weder aus dem Haus der Begegnung noch aus den Räumen des Roten Baumes zu kriminellen Handlungen gekommen sei. Er bittet Herrn Stadtrat Kießling, als Geschäftsführer oder Vorsitzenden der gGmbH, in aller Öffentlichkeit ein Statement dazu abzugeben.

Er merkt an, dass im Internet ganz interessante Texte kursieren, die ihm unbekannte Koryphäe unterschrieben haben. So werde u. a. verbreitet, dass gegen ihn eine einstweilige Verfügung vom Roten Baum erlassen wurde. Lüge, der Roter Baum e. V. wollte ihn mundtot machen.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn bittet zu prüfen, ob Herr Stadtrat Kießling befangen sei, denn er sei vom Roten Baum e. V. wirtschaftlich abhängig. Sollte das der Fall sein, dürfte er an der Beratung nicht teilnehmen.

Herr Stadtrat Hoffsommer kündigt als amtierender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses vorab an, dass er, sollte ein Beschluss gefasst werden, die Verwaltung auffordere prüfen zu lassen, inwieweit dieser in die Rechte des Jugendhilfeausschusses eingreife. Richtig sei, dass die Staatsanwaltschaft in Folge der Durchsuchungen ermittle, allerdings sei nicht bekannt, gegen wen, was auch gut so sei.

Hintergrund dieses Antrages sei, dass möglicherweise Mitglieder des Roten Baumes e. V. daran beteiligt sein könnten und deshalb ein Widerrufsvorbehalt für die Förderung des Vereins beschlossen werden solle, weil die Staatsanwaltschaft ermittle.

An dieser Stelle frage er sich, wie das in anderen sozialen Einrichtungen hinsichtlich einer Gleichbehandlung gehandhabt werde, z. B. bei der Drogenberatung. Dort gehen Menschen hin, die straffällig geworden seien, gegen manche ermittle die Staatsanwaltschaft. Das Gleiche treffe auf die Fanarbeit bei Dynamo zu. Könne sichergestellt werden, dass in den Räumen des Stadions keine Straftaten geplant werden?

In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass es in diesem Hause bereits Ermittlungen gegen Herrn Bürgermeister Vorjohann gegeben habe. Werde deshalb die Fraktionsfinanzierung der CDU unter einen Fördermittelvorbehalt gestellt? Gleichbehandlung müsste dann an dieser Stelle für alle gelten.

Um den Gedanken auf die Spitze zu treiben; wenn es so wäre, wäre das Sippenhaft und das sollte in dem Staat nicht gelten. Wenn es nicht der Fall sei, könne er sich nur vorstellen, dass es um politische Flurbereinigung gehe und aus niederen politischen Motiven bei einem Träger, der eine andere politische Richtung vertrete, mit der die CDU-Fraktion nichts anfangen könne, ein solcher Antrag gestellt werde. Das finde er niederträchtig, unangemessen und einen Schritt gegen die Trägerpluralität.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde das nicht mitmachen und den Antrag ablehnen.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert merkt hinsichtlich der Anfrage von Herrn Stadtrat Dr. Böhme-Korn bezüglich einer Befangenheit von Herrn Stadtrat Kießling an, dass ihm keine entsprechende Befangenheit angezeigt wurde. Sollte es Unklarheiten gebe, wäre die Möglichkeit gegeben, darüber abstimmen zu lassen.

Herr Stadtrat Kaniewski danke Herrn Stadtrat Klein für die Einbringung des Antrages, zeige er doch augenscheinlich, dass das von der CDU-Fraktion vorgetragene formale Argument, als Schützerin der lokalen Jugendhilfe und der rechtmäßigen Verwendung der Mittel in der Jugendhilfe aufzutreten, nicht zutrefte, sondern die CDU-Fraktion habe gerade deutlich gemacht, dass hinter diesem Antrag eine ganz klare parteipolitische Instrumentalisierung dieses Themas stehe.

Er verdeutlicht, dass der Antrag an Beispiellosigkeit nicht mehr zu übertreffen sei und es keinen Grund gab und gebe, momentan einen solchen Antrag zu stellen. Sollte sich irgendwann zeigen, dass Personen tatsächlich straffällig geworden seien, dann gelte natürlich das Rechtsstaatsprinzip. Aber einen Verein zu diskreditieren, der eine unglaublich wichtige Arbeit in der Dresdner Jugendhilfe leiste, und ihn zu nutzen, um ein parteipolitisches Profil zu schärfen, könne nicht Ziel in diesem Stadtrat und nicht Anspruch der Dresdner Politik sein.

Wenn er den Gedanken weiterführe und bei allen Trägern der Jugendhilfe, die in irgendeiner Art und Weise Angebote schaffen könnten für Personen, die möglicherweise in kriminelle Dinge verwickelt seien oder einmal bei Rot über die Ampel gelaufen seien, Anträge stellen,

dann frage er sich schon, ob das eine gelungene politische Praxis sei. Zwar könne man mehr solche Anträge stellen, helfe aber niemandem weiter, denn die Unschuldsvermutung treffe für alle zu. Das, was die CDU-Fraktion hier gerade veranstalte, sei nicht das Hochheben der Unschuldsvermutung, um mit diesem Antrag zu zeigen, wie unschuldig sie den Roten Baum e. V. halte, sondern eben eine ganz klare Instrumentalisierung in einem politischen Sinne.

Der Antrag zeige, dass die CDU-Fraktion immer noch keine Antwort gefunden habe, adäquat auf den 13. oder 19. Februar zu reagieren. Es zeige sich, dass die Einheit der Demokraten gefährdet sei. Das Motto der CDU-Fraktion sei momentan spalten statt versöhnen.

Er würde sich freuen, wenn im Dresdner Stadtrat weniger politische Nebelkerzen zur parteipolitischen Profilierung geworfen werden, sondern besser überlegt werde, wie man einheitlich wirksam gegen rechte Täter in Dresden vorgehen könne, denn die Feinde der Demokratie sitzen nicht im Roten Baum e. V., sondern rechts außen in dieser Gesellschaft. Auf einen Zwischenruf von Herrn Stadtrat Genschmar stellt er klar, dass er sich von Personen, deren Fraktionsvorsitzende in der „Jungen Freiheit“ publiziere, nicht maßregeln lasse.

Er spricht sich für eine einheitliche Haltung gegenüber den Rechtsextremisten und nicht für parteipolitische Nebelkerzen aus. Die SPD-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert bittet Herrn Stadtrat Kießling, sich zur Thematik Befangenheit zu bekunden, denn laut SächsGemO gebe es zumindest Indizien. Ansonsten müsste eine nachträgliche Prüfung oder eine Abstimmung erfolgen.

Herr Stadtrat Baur bedankt sich bei der CDU-Fraktion, dass sie dieses heiße Eisen überhaupt angefasst habe. Dies sei leider in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit. Der vorliegende Antrag sei ein erster Schritt in die richtige Richtung, denn endlich werde etwas thematisiert, was bisher nur allzu oft todgeschwiegen wurde. Die Verflechtung von öffentlich geförderten linken Jugendprojekten mit subkulturellen antideutschen Strukturen, aus denen heraus immer wieder Straftaten gegen Sachen, aber auch gegen Menschen begangen werden, sei eine hinlänglich bekannte Tatsache.

Der CDU-Fraktion gebühre darum hier und heute sein aufrichtiger Dank für ihren Mut, dieses skandalöse Gebaren endlich offen anzusprechen und damit ein Stück weit zu enttabuisieren. Viel zu lange sei aus vorgeblich politischer Korrektheit der Mantel des Schweigens darüber gehüllt. Es sei schlimm, dass erst die schweren linken Krawalle vom 19. Februar geschehen mussten, um diesen Prozess überhaupt in Gang zu setzen.

Er erinnert daran, dass der Verein Roter Baum e. V. im Jahr mit insgesamt 225 000 Euro aus der Stadtkasse gefördert werde. Eine kleine Anfrage seiner Landtagsfraktion habe weiterhin ergeben, dass der Rote Baum vom Land Sachsen mit 48 600 Euro sowie vom Bund mit 14 000 Euro bezuschusst werde. Es gehe hier nicht um „Kleckerbeträge“, sondern um insgesamt 288 000 Euro, die dieser Verein aus öffentlichen Kassen erhalte. Deshalb habe der deutsche Steuerzahler auch ein Recht darauf, dass sein Geld nicht für irgendwelche halb kriminelle Machenschaften am extrem linken Rand verwendet werde.

Jedem hier im Raum sei klar, dass es kein Zufall sei, dass der Verein Roter Baum e. V., das Bündnis Dresden „Nazi frei“, das die rechtswidrigen Blockaden am 19. Februar hauptsächlich organisiert habe, und die Geschäftsstelle der Linken in ein und demselben Gebäudekomplex untergebracht seien. Zu offensichtlich seien die Verflechtungen der Protagonisten am linken Rand als das man sie übersehen könne, wenn selbst Vertreter hier im Stadtrat dort fleißig mitmischen. Die Tatsache, dass sich Stadträte der linken Seite an den rechtswidrigen Blockaden beteiligt haben, sei nichts Neues mehr. Er benennt einige Stadträtinnen und Stadträte.

Die Verflechtung des Roten Baumes e. V. in das linksextremistische Milieu sei mehr als nur wahrscheinlich. Auch die neuerliche Razzia gegen die linke Szene am Montag, die im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 19. Februar zu sehen sei, werde sicherlich neue

und aufschlussreiche Erkenntnisse dazu bringen, vorausgesetzt, dass der politische Wille dazu auch da sei.

Die fraktionslosen Stadträte werden dem Antrag zustimmen, da man die Meinung vertrete, dass der Fördermittelsumpf für linke Projekte trockengelegt werden müsse und jeder einzelne Zuschuss einer genauen Überprüfung unterzogen werden sollte. Die Zeiten, in denen sich Berufsantifaschisten staatlich finanziert den ganzen Tag in der Nase bohren, müssen endlich vorbei sein.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn habe es nicht anderes erwartet, als dass sich die Parteipolitiker aller Fraktionen dieses Antrages „liebervoll“ annehmen, ihn verdrehen und zu einem eigenen parteipolitischen „Süppchen“ verwenden würden. Dennoch stehe die CDU-Fraktion zu diesem Antrag.

Er stellt klar, dass es weniger um die Profilierung der CDU-Fraktion und auch nicht so sehr um den Roten Baum e. V. gehe, sondern vielmehr um das anvertraute Geld des Steuerzahlers. Er sei sich sicher, dass 95 % aller Steuerzahler es nicht wollen, dass mit ihrem Geld rechtswidrige, auch linksextreme Aktivitäten unterstützt werden.

Weiterhin gehe es darum, durch die Angebote der Jugendhilfe jungen Menschen, die aus schwierigen Verhältnissen kommen, Hilfe und Unterstützung zu geben. Dazu gehören auch feste Regeln im menschlichen Zusammenleben. Das gelte ebenso für kleine Gruppen als auch für die Gesellschaft. Er glaube, dass jungen Leute erkennen und gelehrt bekommen müssen, was sie für ein großes Privileg haben, in diesem freiheitlich, demokratischen und sozialen Rechtsstaat leben zu können, der die Summe aus den schlimmen Erfahrungen der rechten und linken Diktaturen des letzten Jahrhunderts sei.

Seiner Meinung nach sei es für junge Leute schädlich, wenn ihnen eingeredet werde, dass sie Opfer einer bösen ungerechten Gesellschaft seien und dass sie die Welt umkrempeln müssen, um ihr Recht zu bekommen. Man schade diesen jungen Leuten, denn sie wollen in dieser Gesellschaft, in diesem demokratischen sozialen Rechtsstaat ihr ganzes Leben verbringen und ein erfülltes und glückliches Leben führen. Das können sie aber nur, wenn sie diese Gesellschaft auch innerlich annehmen. Wer sie aber dazu erziehe, die Vertreter der Gesellschaft mit Steinen zu bewerfen und Krawalle zu machen, stürze diese jungen Leute ins Unglück. Zur Jugendhilfe gehöre auch als immanenter Bestandteil die Erziehung zur Liebe zum demokratischen sozialen Rechtsstaat, der zwar nicht überall perfekt sei und man hier und da Fragezeichen setzen könne, aber an den Grundmauern sollte man nicht rütteln.

Hier sehe er große Probleme. Er glaube, dass in Teilen des Roten Baumes e. V. gerade dieser wesentliche Grundsatz der Jugendhilfe, jungen Menschen zu helfen, nicht beachtet werde. Sollte sich die Annahme bestätigen, müsse man auch Konsequenzen ziehen.

Herr Stadtrat Schollbach komme nach dem, was er von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion heute zu hören bekommen habe, zu dem Ergebnis, dass hier eine Rufmordkampagne gegen einen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion seit langem politisch missliebigen Verein stattfinde und endlich eine Gelegenheit da sei, einer Institution, die manchen schon lange ein Dorn im Auge sei, seine Existenzgrundlage streitig machen zu können, ohne von irgendetwas eine Ahnung zu haben.

Fakt sei; am Abend des 19. Februars habe er einen Polizeieinsatz erlebt, der völlig aus dem Ruder gelaufen sei. Da wurden zwei Gebäude gestürmt, das Haus der Begegnung und das Jugendhaus des Vereins Roter Baum e. V., ohne dass es dafür eine Durchsuchungsanordnung des Gerichtes oder der Staatsanwaltschaft gegeben habe. Junge Menschen wurden gefesselt und über Stunden hinweg gefangen gehalten, ohne dass gegen irgendeine dieser Personen, die im Jugendhaus des Roten Baumes e. V. durch die Strafverfolgungsbehörden festgehalten wurden, ein konkreter Tatverdacht vorgelegen habe. Diese Information wisse man deshalb, weil man im Gegensatz zu anderen die Akten kenne und sich mit diesem Fall

beschäftige und nicht nur Verdächtigungen und haltlose Behauptungen in die Welt hinaus postuliere.

Die Strafverfolgungsbehörden selbst haben sich bei ihrer Durchsuchung auf den § 103 der Strafprozessordnung bezogen, der die Durchsuchung beim Nichtverdächtigen regle. Der Antrag sei eine einzige Verdächtigung und eine Vorverurteilung. Alle Fakten und auch die Mitteilung der Staatsanwaltschaft, die er bereits kürzlich im Stadtrat vorgetragen habe, hindere einige nicht daran, ihren Feldzug gegen den Roten Baum e. V. fortzusetzen.

Er verweist darauf, dass der Jugendhilfeausschuss die Fördermittel nach Recht und Gesetz, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, vergebe. Er habe einen Beurteilungs- und Ermessensspielraum, den er unter Beachtung der Gesetzmäßigkeiten zu beachten habe. Auf Grund der besonderen Rolle des Jugendhilfeausschusses dürfen diesem keine Weisungen durch den Stadtrat erteilt werden. Jeder Fördermittelbescheid an Jugendvereine sei natürlich an die Bedingung geknüpft, dass die ausgereichten Mittel auch zweck- und ordnungsgemäß eingesetzt werden. Bereits jetzt sei es so, dass von einem Verein, der seine Mittel rechts- oder zweckwidrig einsetze, diese zurückgefördert werden können. Insofern sei der vorliegende Antrag als böswillig zu bezeichnen.

An dieser Stelle danke er Herrn Erster Bürgermeister Hilbert, der in der vorletzten Sitzung den Antrag der CDU-Fraktion nicht zugelassen habe und ganz klar darauf verwiesen habe, dass dieser Antrag rechtswidrig sei. Die CDU-Fraktion sei daraufhin zur Landesdirektion gegangen, die eigentlich dem Gesetz nach eine Rechtsaufsichtsbehörde sein solle. Er habe eher den Eindruck, sie sei eher eine Unterorganisation der CDU, die sich nicht getraut habe, einen förmlichen Bescheid an den Ersten Bürgermeister zu erlassen und ihn anzuweisen, diesen Antrag zu behandeln, weil man genau wusste, dass diese vertretene Haltung nicht mit dem Gesetz vereinbar sei. Deshalb sei der Erste Bürgermeister gebeten worden, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Sollte der Antrag der CDU-Fraktion beschlossen werden, bittet er Herrn Erster Bürgermeister Hilbert, seiner Pflicht nachzukommen und diesen Beschluss auf seine Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen. Die Fraktion DIE LINKE. sei der Überzeugung, dass ein solcher Beschluss rechtswidrig und somit zu widersprechen sei. Er kündige an, dass die Fraktion DIE LINKE. diesen Beschluss mit allen Möglichkeiten angreifen werde, weil das, was hier passiere, politischer Klassenkampf von der konservativen Seite sei. Das werde man sich nicht bieten lassen und auch den Roten Baum e. V. beschützen.

Herr Stadtrat Wirtz wisse aus seiner Vergangenheit, dass man aufpassen müsse, was man sage, um nicht denunziert zu werden. Er sei 1989 nicht auf die Straße gegangen, um irgendetwas zu werden, sondern es ging in der Tat um Freiheit, um die Durchsetzung des Rechtes und dass die Denunziation beendet werde.

Er stelle leider fest, dass das heute immer noch nicht beendet sei. Er habe persönlich erlebt, dass ein Gebäude mit Wohnungen, Büros und Anwaltskanzleien, mit einer falschen Adresse und falschen Durchsuchungsbefehl, durchsucht werden könne, ohne dass es eine rechtsstaatliche Grundlage dafür gebe. An dieser Stelle müsste doch eigentlich bei allen, die 1989 auf die Straße gegangen seien, die Alarmsirene angehen. Wie könne es heute möglich sein, dass Häuser aufgebrochen werden, ohne dass es einen Durchsuchungsbefehl gebe?

Er sei auch nicht auf die Straße gegangen, damit wieder denunziert und Unrecht betrieben werden könne. Damit sollte endlich Schluss sein. Es müsse einen Pluralismus, so dass man wieder offen reden könne und nicht die Schwarzen wieder die Roten denunzieren. Glücklicherweise könne man sich heute in der Öffentlichkeit dagegen wehren. Das werde man auch tun.

Der Antrag der CDU-Fraktion habe einen großen Mangel, den man in einem Rechtsstaat nicht durchgehen lassen könne. Er stelle die Denunziation in den Raum und entscheide nicht darüber, was passiere, wenn sich diese Denunziation als haltlos erweise und sich der Ver-

dacht gegen den Roten Baum e. V. nicht erhärten lasse. Was passiere, wenn dessen Unschuld festgestellt werde und sich die Durchsuchung als rechtswidrig erweise? Wie sehe eine Rehabilitation aus, wie solle der u. U. entstehende materielle Schaden ersetzt werden? Dazu werde im Antrag nicht ausgesagt.

Er appelliere an das demokratische Rechtsgefühl der CDU-Fraktion, diesen Antrag zurückzuziehen. Er werde den Antrag ablehnen.

Frau Stadträtin Lässig habe heute einen sehr wortgewaltigen politischen Schlagabtausch gehört. Die Bagatellisierung von Herrn Stadtrat Kaniewski und Herrn Stadtrat Hoffsommer halte sie bei diesem Thema für schlimm. Schlimm empfinde sie auch, wenn man die Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft mit Fotos und Fakten von vorgestern in der Hand halte. Daraufhin sei ein Beitrag von Herrn Alexander Schneider in der SZ entstanden. Auch dort stehen nur Fakten drin, die zurzeit vorliegen. Dafür sei Herr Schneider als Nazi beschimpft worden, obwohl er nur Dinge benannt habe, die er von der Staatsanwaltschaft bekommen habe. Darüber werde sich hier ausgeschwiegen, stattdessen sprechen einige von bei Rot über die Ampel laufen.

Sie verweist noch einmal auf den genannten Artikel in der SZ mit der Unterüberschrift: „Spur führt ins Haus der Linkspartei“. Dies sei keine Wertung, sondern eine Aussage der Staatsanwaltschaft.

Herr Stadtrat Kießling, selbstständiger gGmbH-Geschäftsführer des Roten Baumes e. V., der sich für nicht befangen erkläre, habe die Chance gehabt, den Saal zu verlassen, was er nicht getan habe. Er beantworte aber auch nicht die Frage von Herrn Stadtrat Genschmar, ob er ausschließen könne, dass es keine Spuren ins linke Haus oder ins Haus der Begegnung gebe.

Bis gestern sei sie skeptisch gewesen, ob sie dem Antrag zustimmen solle oder nicht. Aber nachdem, was sie an Fakten gehört habe und Herr Stadtrat Kießling eine Antwort schuldig geblieben sei, sei sie sich sicher, wie sie heute abstimme.

Herr Stadtrat Dr. Lames bemerkt, dass Herr Stadtrat Kaniewski darüber gesprochen habe, ob eine Verantwortung von Verantwortlichen des Roten Baumes e. V. für rechtswidrige Handlungen bestehe. Dies sei eine offene Frage und dem sei auch nichts hinzuzufügen.

Wenn es so sein sollte, dass von irgendeinem Punkt in dieser Stadt aus gewalttätige Handlungen koordiniert worden sein sollten, dann führe überhaupt kein Weg daran vorbei, die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dafür gebe es in diesem Land klare Zuständigkeiten und die liegen glücklicherweise nicht im Dresdner Stadtrat. Er sei etwas erstaunt darüber, wie teilweise die Rechtswidrigkeit der Durchsuchung postuliert werde.

Er frage sich, wem dieser Antrag eigentlich nützen solle. Die CDU-Fraktion wolle einen Rückforderungsgrund schaffen, der aber nicht so einfach aus der Luft gegriffen werden könne. Ein Rückforderungsgrund müsse sich aus den Gesichtspunkten der Jugendhilfe ergeben. Wenn sich ein solcher Grund ergebe, bedürfe es auch keines Vorbehaltes. Aus seiner Sicht sei der Antrag ein Fensterantrag, mit dem sich die CDU-Fraktion parteipolitisch profilieren wolle.

Er verweist darauf, dass es im Umgang mit diesen Ereignissen an der Gemeinsamkeit der Demokraten fehle. Weiterhin stelle er fest, dass es auch keine Bereitschaft gebe, insbesondere von den Antragstellern, diese zu suchen und herzustellen. Stattdessen werde die Spaltung und Ausgrenzung betrieben und mit Verdächtigungen operiert, wo andere Klärung zu schaffen haben. Der Antrag sei völlig nutzlos und im Gegenteil zu dem, was eigentlich bewirkt werden solle, sogar schädlich.

Er wäre dankbar, wenn der Einreicher über diesen Gesichtspunkt in einer ruhigen Minute nachdenken könnte. Er denke, dass man im Jahre 2011 nicht gewinnen könne, wenn alte

Auseinandersetzungen der früheren Partner der gemeinsamen Nationalen Front hier im Stadtrat einfach noch einmal aufgeführt werden.

Herr Stadtrat Dr. Brauns bedankt sich bei Herrn Stadtrat Dr. Lames für seinen abgewogenen Beitrag, denn er stehe in sehr wohltuendem Unterschied zu dem von Herrn Stadtrat Kaniewski und Herrn Stadtrat Hoffsommer.

Die Debatte habe sehr klar aufgezeigt, worum es gehe. Die Grundlagen der demokratischen Rechts- und Verfassungsordnung besagen, dass es ein Demonstrationsrecht für alle gebe und dieses mit Gewalt nicht eingeschränkt werden dürfe. In einigen Reden, insbesondere die von Herrn Stadtrat Schollbach, wurde versucht, einen rechtsfreien Raum auf der linksextremistischen Seite zu generieren, wo man alles dürfe, einschließlich Gewaltanwendung, die dann gut sei, wenn sie gegen rechts gehe. Das sehe die Verfassung nicht vor. Deshalb sei es für die Gemeinsamkeit der Demokraten geradezu zwingend notwendig, diese Punkte klarzustellen. Die CDU-Fraktion wolle keine Gewalt, weder von rechts noch von links. Darin sollten sich alle Demokraten einig sein.

Er stellt klar, dass es darum gehe festzustellen, ob möglicherweise aus einem Haus Straftaten begangen worden seien. In diesem Zusammenhang habe er sich schon über den Beitrag von Herrn Stadtrat Hoffsommer gewundert, der Äpfel mit Birnen verglichen habe. Die Diskussion habe deutlich gezeigt, wie wichtig dieser Antrag politisch gesehen sei.

Herr Stadtrat Genschmar legt dar, dass die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, entgegen den Auffassungen von Herrn Stadtrat Dr. Lames und Herrn Stadtrat Kaniewski, ein anderes Verständnis dafür haben, bis wohin gerade auf dem linken Rand die demokratischen Kräfte gehen. Dem Dresdner sei es egal, ob ihr Auto von einem rechten oder linken Chaoten zerstört werde. Deshalb müsse gegen rechtsstaatliche Verfehlungen mit aller Macht vorgegangen werden.

Er verweist noch einmal auf das, was er eingangs dargelegt habe. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Heinrich geht auf die Anmerkungen von Herrn Stadtrat Dr. Brauns ein, der sich einerseits für die Ausführungen von Herrn Stadtrat Dr. Lames bedankt habe, aber hinterher in einer Art und Weise unsachlich werde, die diesem Dank nicht entspreche.

Herr Stadtrat Dr. Brauns sprach davon, dass der Antrag politisch wichtig sei. Das Problem sei nur, dass die CDU-Fraktion das ihr so politisch wichtige Thema auf dem Rücken eines Vereins austrage, der eine sehr gute Jugendarbeit für tausende von Kindern und Jugendlichen in Dresden mache.

Er werde für den Roten Baum e. V. stimmen und den Antrag ablehnen. Zusätzlich werde er Folgendes tun: Der § 3 der Satzung des Roten Baumes e. V. besage, dass man in den Verein eintreten kann, indem man seinen Eintritt gegenüber einem Vorstandsmitglied erkläre. Da der Vorsitzende, Herr Martin Kapmann oben auf der Tribüne sitze, erkläre er hiermit seinen Eintritt in den Roten Baum e. V., in der Hoffnung, aufgenommen zu werden.

Herr Stadtrat Hoffsommer stellt klar, dass Gewalt, welcher Art auch immer, abzulehnen sei. Aber diese Debatte werde von einigen auf dem Rücken eines Vereins geführt. Er würde dieses Engagement gern am Tisch der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters von einigen Fraktionen erleben, wenn es um die Debatte und die Gestaltung des 13. Februars gehe.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn habe in seiner Rede einem Verein unterstellt, nicht auf der Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu arbeiten und zu Gewalt zu erziehen. Mit solchen Unterstellungen werde die der CDU-Fraktion vorgeworfene Rufschädigung untermauert. Er finde es problematisch, wenn solche Debatten geführt werden.

Er verweist auf das Jugendhilfegesetz. Darin sei verankert, dass bei einer Zweckentfremdung von Mitteln diese zurückzufordern sind. Das stehe im Gesetz und müsse deshalb vom Stadtrat nicht noch einmal beschlossen werden.

Herr Stadtrat Kießling sei enttäuscht darüber, dass viele hier im Stadtrat, die vielleicht kurz nach der Wende die Worte von Freiheit, Verantwortung und freier Meinungsäußerung noch ehrlich gesagt haben, diese nur noch als Monstranz vor sich hertragen und das Ganze im Zusammenhang mit anderen Erscheinungen, z. B. die in den Bescheiden des Landes vorgesehenen Zwängen, Pressemitteilungen mit der Regierung abzustimmen oder die Extremismusklausel, wieder sehr danach rieche, dass führende Parteien ihre Macht mit allen Mitteln der Kunst abzusichern versuchen. 20 Jahre nach der Wende zeigen die führenden Parteien Erscheinungen der SED von vor der Wende. Darauf habe er bereits vor einiger Zeit verwiesen. Darüber sei er entsetzt. Er hätte gerade von Herrn Stadtrat Dr. Böhme-Korn erwartet, dass er als Kenner und als derjenige, der bei der Wende dabei gewesen sei, stärkeren Widerstand entgegengesetzt und sich dem nicht so gebeugt hätte.

Der Jugendverein Roter Baum e. V. sei 1993 von ihm mit einer ganz klaren linken Ausrichtung mit gegründet worden, mit Menschen, die aus sozialistischer Motivation heraus in der Jugendhilfetätigkeit sein wollen.

Seit seiner Existenz sei der Verein von Anfang an aufs aller schärfste von der rechten Seite hier im Stadtrat angegriffen worden. Er benennt einige Beispiele.

Zur Frage der Befangenheit erklärt er, dass in der letzten Wahlperiode Herr Schreiber festgestellt habe, dass es vielleicht günstig wäre, ihn für befangen zu erklären, weil dann eine Stimme fehle und man so bei einigen Abstimmungen eine Mehrheit haben könne, um die Förderung für den Verein einzuschränken. Aus seiner Sicht seien die von Herrn Schreiber vorgetragene Argumente haltlos gewesen. Leider sei es aber sehr schwer, in diesem Rechtsstaat die Nichtigkeit einer solchen beschlossenen Befangenheit nachzuweisen. Trotz etlicher Versuche sei es faktisch unmöglich, weil immer dann, wenn man für befangen erklärt werde, die Sache am Ende abgeschlossen sei und man nicht mehr vor Gericht gehen könne.

Als er aufgehört habe, Vorsitzender des Jugendvereins Roter Baum e. V. zu sein, habe der Verein damals eine GmbH gegründet, ursprünglich für die Kindertagesstätten. In dieser GmbH sei er Geschäftsführer. Um eine Befangenheit auszuschließen, habe man eine ganz klare Trennung vorgenommen zwischen dem, was der Verein jugendhilflich tue, wo er Anträge stelle, wo er sich um die Förderung bei der Stadt bemühe, und dem, was die GmbH tue. Das Hauptgeschäft der GmbH finde in Berlin statt.

Deshalb sei er der Auffassung, dass er nicht befangen sei. Er sei auch nicht wirtschaftlich abhängig. Selbst wenn er es wäre, regule die Gemeindeordnung ganz klar, müsste er in einer anderen Eigenschaft schon einmal mit dieser Sache zu tun gehabt haben, habe er aber nicht. Er müsste einen unmittelbaren Vorteil für sich oder für eine von ihm vertretene Person haben, auch das sei nicht der Fall. Die Behauptung, dass sein Verein, in dem er selbstverständlich Mitglied sei, ihn in irgendeiner Form maßregeln würde, wenn er sich vielleicht gegen ihn entscheiden würde, zeige, auf welche kranke Art und Weise manche denken.

Deshalb sei er auf keinen Fall befangen. Er wolle auch keinem ersparen, darüber noch einmal abstimmen zu müssen, wenn Zweifel bestehen.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Zinkler sei erstaunt darüber, dass Herr Erster Bürgermeister Hilbert zulasse, dass ein aus Sicht der CDU-Fraktion befangenes Stadtratsmitglied sich an der Debatte beteiligen dürfe.

Er stellt deshalb den Antrag, entsprechend § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates über die Befangenheit von Herrn Stadtrat Kießling abstimmen zu lassen. Die CDU-Fraktion

sehe ihn durchaus als befangen an, da er selbstverständlich als Geschäftsführer einer GmbH vom Gesellschafter abhängig sei.

Weiterhin beantragt er, nach § 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung darüber abzustimmen, ob Herr Stadtrat Kießling gegen die Offenbarungspflicht seiner Befangenheit nach § 9 Abs. 1 der Geschäftsordnung verstoßen habe.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Kaboth bittet Herrn Zweiten Bürgermeister Sittel darzustellen, wie er die Befangenheit von Herrn Stadtrat Kießling sehe. Danach beantragt er eine Auszeit von 5 Minuten.

Herr Zweiter Bürgermeister Sittel führt aus, dass die Thematik der Befangenheit von Stadträtinnen und Stadträte nicht unbedingt neu sei und regelmäßig aufkomme. Insofern sei es auch gerade bei der Person, um die es jetzt gehe, nicht das erste Mal, dass diese Frage thematisiert werde.

Hierzu seien aus seiner Sicht zwei Dinge zu benennen. Gerade unter der Geltung der speziellen Vorschriften des Jugendhilferechtes und der besonderen Aufgaben des Jugendhilfeausschusses sei der Tatbestand der Befangenheit von besonderer Betrachtung, weil das Jugendhilferecht gerade die Einbeziehung von bestimmten Betroffenen vorsehe.

Da es hier um die Befangenheit im Stadtrat und nicht im Jugendhilfeausschuss gehe, sehe das etwas anders aus. Die Trennung zwischen dem Verein und der gGmbH sei eine juristische Trennung, die aus seiner Sicht klarlege, dass der Tatbestand der Befangenheit wohl gemerkt im Sinne der SächsGemO nicht vorliege. Dass es natürlich ein politisches Interesse daran gebe, sei klar. Das entspreche natürlich auch gerade der Intention der Gemeindeordnung, der Wählbarkeitsvorschriften, dass die Leute, die sich politisch interessieren und deswegen Interessen haben, hier vertreten seien.

5 Minuten Auszeit

Herr Erster Bürgermeister Hilbert informiert, dass Herr Stadtrat Kießling an der Abstimmung hinsichtlich der Befangenheit nicht teilnehme.

Abstimmung:

Der Stadtrat stellt mit 32 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen fest, dass keine Befangenheit von Herrn Stadtrat Kießling vorliege. Damit kann Herr Stadtrat Kießling an der Beratung und Abstimmung des Antrages teilnehmen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion mit 33 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Schollbach beantragt Wiederholung der Zählung. Es erfolgt namentliche Abstimmung.

Der Stadtrat stimmt in namentlicher Abstimmung dem Antrag der CDU-Fraktion mit 34 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Der Jugendhilfeausschuss wird angewiesen, die im Rahmen der Vorlage V0884/10 beabsichtigte Förderung des Vereins Roter Baum e. V. allenfalls unter dem Vorbehalt des Widerrufs zu bewilligen. Der Vorbehalt des Widerrufs bezieht sich auf die Ergebnisse der laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dresden im Zusammenhang mit den extremistischen Gewalttaten gegen die Polizei am 19. Februar 2011. Die Förderung ist zu widerrufen, falls der

Verein materiell oder personell an strafrechtlich relevanten Aktivitäten im Zusammenhang mit den gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt gewesen wäre.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 34 Nein 31 Enthaltung 2

21 Wilsdruffer Vorstadt: Kenntnisnahme VU-Bericht und Auftrag zur Akquirierung von Fördermitteln

**V0367/09
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldung:

Herr Stadtrat Löser verweist darauf, dass es in diesem Stadtgebiet in der Vergangenheit bereits eine gute Entwicklung gegeben habe. Mit der Vorlage sollen Fördermittel in erheblichem Umfang akquiriert werden. Dabei solle die Stadt 12 Mio. Euro als Eigenmittel einstellen. Insgesamt gehe es um 36 Mio. Euro.

Er stelle die Frage, inwiefern die Verhältnismäßigkeit zu anderen Fördergebieten in der Stadt gewahrt sei, z. B. die „Soziale Stadt Johannstadt“. Wie allen bekannt sei, ist durch die Änderung der Fördermittelkulisse seitens des Bundes eine „Soziale Stadt Johannstadt“ nicht mehr möglich. Prohlis und Gorbitz werden in der Förderung bleiben, aber für Johannstadt werde es nach diesem Programm keine Förderung geben. Bislang sei auch nicht bekannt, wie die Stadt mit diesem Förderprogramm umgehen wolle.

Er verdeutlicht, dass es in der Johannstadt nicht nur erheblichen Bedarf an Investitionen im städtebaulichen Bereich gebe, sondern auch in der Infrastruktur und der Sozialstruktur.

Vor diesem Hintergrund habe er schon Bedenken, ob hier eine Ausgewogenheit vorliege. Deshalb empfehle er der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sich bei der Abstimmung zu enthalten, weil er glaube, dass die Gewichtung nicht da sei. Er bittet die Verwaltung darzustellen, wie mit der Johannstadt weiter umgegangen werden solle.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 47 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat** nimmt den Abschlussbericht über die vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 (3) BauGB für das Gebiet Wilsdruffer Vorstadt zur Kenntnis (vgl. Anlage 2).
2. Der Stadtrat bestätigt den Gebietsumgriff sowie das Maßnahmenkonzept als Grundlage zur Beseitigung der städtebaulichen Missstände (vgl. Anlage 3).
3. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, Fördermittel für die weitere Entwicklung des Gebietes zu beantragen und bei Aufnahme in ein Förderprogramm den für die Sicherung des Förderrahmens notwendigen Gesamteigenanteil der Landeshauptstadt Dresden zur Verfügung zu stellen. Die Einordnung erfolgt im Rahmen der jährlichen Finanzplanbudgets entsprechend dem konkreten Bedarf im jeweiligen Fünfjahreszeitraum der Fördermittelbeantragungen für die Finanzhilfen von Bund und Land.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 47 Nein 0 Enthaltung 11

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Herr Stadtrat Kießling betont, dass aufgrund eines Antrages der Fraktion DIE LINKE. die Vorlage im Stadtrat und nicht nur im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften behandelt werde. Es herrsche eine Ungleichbehandlung der vielen Vereine, die öffentliche Aufgaben übernehmen, und dem Verein, der das Grundstück weiterbetreiben solle. Dieser habe erklärt, dass er keine Miete bezahlen werde und bekäme sie deshalb erstattet, sodass er nur Betriebskosten zu zahlen habe.

Er beantragt, die Vorlage an den Ausschuss für Kultur zu überweisen. Falls dies nicht erfolge, würde er sich enthalten.

Frau Stadträtin Zimmermann bedaure, dass nicht im Vorfeld das Gespräch gesucht wurde. Beim Versuch, die Ausschreibung so zu gestalten, das Haus 2 und der Fuchsbau nicht verkauft würden, sei ein fraktionsübergreifender Konsens hergestellt worden. Nun seien in der Vorlage große Auswirkungen für den Kulturhaushalt ersichtlich, ohne dass der Ausschuss für Kultur darüber befunden hätte. Ihr sei gesagt worden, dass die Zeit dränge, aber Punkt 3 sei ihrer Ansicht nach nicht dringend. Zumindest dieser Punkt könne in den Ausschuss für Kultur überwiesen werden. Das inhaltliche Konzept des Vereins und ein Finanzkonzept müsse vorgelegt werden. Die Oberbürgermeisterin solle nachweisen, wo und mit welchem Erfolg sie sich um Drittmittel bemüht habe. Die Gedenkstättenlandschaft in Sachsen sei ausgewogen. Für den Münchner Platz sei kein Geld vorhanden, aber bei der Bautzner Straße übernehme die Stadt sogar die Mietkosten. Sie sei nicht bereit, dem zuzustimmen.

Der Verein arbeite an einem Konzept und wolle das Haus nicht nur für die Gedenkstättenarbeit öffnen.

Herr Stadtrat Klein sei nicht mehr in der Gedenkstätte tätig und deshalb nicht befangen. Enttäuscht sei er darüber, dass einige offensichtlich die letzten drei Wochen nicht genutzt haben, um ihre Hausaufgaben zu machen und sich beim Trägerverein zwecks des Nutzungskonzeptes kundig zu machen.

Er verweist darauf, dass es ein Sächsisches Gedenkstättengesetz gebe. Im § 2 Abs. 3 seien die Gedenkstätten in freier Trägerschaft aufgeführt. Die anderen, direkt unter dem Dach der Stiftung Sächsische Gedenkstätten befindlichen Gedenkstätten werden institutionell vom Freistaat über die Stiftung gefördert. Die beiden Gedenkstätten in freier Trägerschaft, die Runde Ecke in Leipzig und die Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden, werden zwar auch vom Freistaat über die Stiftung gefördert, die aber an den Trägerverein erfolge. Bei diesen beiden Gedenkstätten sei vermerkt: „bei angemessener Mitfinanzierung durch die jeweilige Sitzgemeinde“.

Er führt weiter aus, dass bei keiner der sächsischen Gedenkstätten von den jeweiligen Sitzgemeinden Miete erhoben werde. Diese Praxis solle lediglich auf das Haus 2 erweitert werden. Selbstverständlich habe das Auswirkungen auf den Kulturhaushalt. Diese Mittel müssten im nächsten Doppelhaushalt zusätzlich eingestellt werden. Da es hierbei nicht nur um eine städtische Einrichtung gehe, sei der Freistaat bereit, 1,9 Mio. Euro in das Haus 2 zu investieren. Diese Chance sollte sich die Stadt nicht entgehen lassen, um damit auch einen historischen Ort die nächsten Generationen zu sichern und um die eigene Regionalgeschichte an einem authentischen Ort vermitteln zu können.

Deshalb werbe er ausdrücklich um Zustimmung.

Herr Stadtrat Kieslich konstatiert, dass der Verein Erkenntnis durch Erinnerung eine wichtige und wertvolle Arbeit in der Gedenkstätte Bautzner Straße leiste. Besonders Schülern und Jugendlichen, die das SED-Unrechtsregime nicht mehr miterlebt haben, werde mit Veranstaltungen, Rundgängen und Begegnungen mit Zeitzeugen gezeigt, was Diktatur, Allmächtigkeit des Staates und Justizwillkür bedeuten. An dieser Stelle danke er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem aber den vielen Ehrenamtlichen, für ihren unermüdlichen Einsatz.

Er erinnert daran, dass es im Stadtrat zu dieser Thematik immer einen Konsens gegeben habe, Debatten seien bisher nicht geführt worden. Doch der Beschluss im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften, die Finanzierung der Gedenkstätte und des Vereins im Stadtrat zu behandeln, zeige, dass einige diesen Konsens so nicht mehr sehen, was sehr schade sei. Dieses Verhalten zeige, dass gemeinsam gefasste Beschlüsse bei manchen keinen langen Zeitwert haben.

Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Kulturentwicklungsplan. Er wisse nicht, warum dieser jetzt noch einmal aufgedrösel werden solle. Die kulturelle Bildung zähle zu einem der Schwerpunkte des politischen Handelns der Landeshauptstadt Dresden. Der Stadtrat habe die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die kulturelle Bildung in Dresden zu erarbeiten, was auch erfolgt sei. Darin werde unter dem Kap. 3.8 Gedenkstätten und Kulturgeschichte neben dem Dresdner Geschichtsverein explizit auch der Verein Erkenntnis durch Erinnerung als geförderte Institution durch die Stadt genannt. Er wisse nicht, warum das jetzt noch einmal diskutiert werden solle.

Spätestens nach einer Führung durch die ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt habe er für das Verhalten der linken Parteien im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften kein Verständnis mehr. Es zeige nicht nur politische Unzuverlässigkeit, sondern auch politische Unfähigkeit und Unvernunft. Was sei die Folge, wenn die Stadt von ihrer Zusage der Finanzierung abrücke und der Verein mit Mehrkosten belangt werde? Entweder ziehe sich der Verein zurück oder er müsse die Kosten auf Eintrittspreise, Seminare oder Veranstaltungen umlegen. Betroffen davon seien zuerst Kinder, Schüler, Jugendliche und viele Vereine, die mit dem Verein Erkenntnis durch Erinnerung zusammenarbeiten.

Die CDU-Fraktion wolle diese Vereine unterstützen, die freiheitliches, demokratisches und friedfertiges Denken und Handeln bei jungen Menschen befördern und nicht Raum bieten für Gewalttäter. Dazu habe der Stadtrat heute schon eine klare Position bezogen.

Frau Stadträtin Zimmermann verstehe die ganze Polemik nicht. Bereits bei der letzten Behandlung dieser Thematik im Stadtrat habe sie gefordert, dass der Verein ein Finanzierungskonzept vorlegen solle, so wie das alle anderen Vereine auch tun müssen. Genau das habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch einmal eingefordert.

Da das Konzept nicht vorliege und man abwägen müsse, ob die Stadt dennoch die Mietzahlung übernehme, was sie nicht ausschließe, habe man die Bitte geäußert, diese Vorlage noch einmal im Ausschuss für Kultur zu beraten, da das Geld aus dem Kulturamt zur Verfügung gestellt werden solle. Jeder wisse, dass dieser Bereich nicht gerade übermäßig bestückt sei.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Kultur mit 30 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen zu.

1. **Die Oberbürgermeisterin** wird ermächtigt, das Grundstück Bautzner Str. 112 bis 116, bestehend aus den Flurstücken 167/12 und 167/14, sowie Teilflächen der Flurstücke 167/6 und 167/10 jeweils der Gemarkung Loschwitz mit einer Gesamtläche von 10 630 qm zu einem Preis von 704,5 TEUR an die FIRA Grundbesitz Bautzner Straße 118 UG mit Sitz in Dresden, Neubertstraße 23 A, 01307 Dresden, zu verkaufen.
2. Der Stadtrat beschließt im Haushaltsjahr 2011 eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 2.250 TEUR für die Planung und die Durchführung der Sanierungsmaßnahme Bautzner Straße 112 bis 116 (PSP-Element HI2720009.A).

Die Deckung der Ausgaben erfolgt durch die außerplanmäßige Veranschlagung von Zuwendungen des Freistaates Sachsen in Höhe von 1.900 TEUR im Haushaltsjahr 2011 (PSP-Element HI270009.E – Fördermittel Sanierungsmaßnahme Bautzner Straße 112 bis 116) sowie durch die Minderung der für den Grunderwerb veranschlagten Mittel um 350 TEUR (PSP-Element 70.230011.710.010 – Auszahlungen für Grunderwerb).

3. Der bestehende Mietvertrag zwischen der Landeshauptstadt Dresden und dem Verein „Erkenntnis durch Erinnerung“ e. V. über Teile der Flurstücke 167/6 und 167/10 der Gemarkung Loschwitz (ehemalige Haftanstalt) wird auf den nicht veräußerten Teil des Flurstückes 167/6 der Gemarkung Loschwitz erstreckt. Des Weiteren werden dem Verein 10 PKW-Stellplätze auf der veräußerten Teilfläche des Flurstückes 167/6 vermietet. Alle Flächen werden dem Verein unbefristet und mietfrei überlassen. Die erlassene Miete in Höhe von jährlich 132,3 TEUR wird als Subvention im Haushalt des Amtes für Kultur und Denkmalschutz ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 30

23 Optimierung der Struktur und der Dienstleistungsqualität des Bürgerservice in der Landeshauptstadt Dresden

**V0763/10
beschließend**

Herr Zweiter Bürgermeister Sittel erläutert und begründet die Vorlage. Er verweist auf die Empfehlung des Ortsbeirates Cotta, die in wesentlicher Form in den Bericht des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit eingeflossen sei.

Frau Dr. Gantz, Institut für SAS, spreche in Vertretung des Stadtteilmarketings, welches sich vorwiegend aus den Akteuren zusammensetzt, die wirtschaftliche Interessen im Gebiet haben, z. B. den Wohneigentümern, den Einkaufszentren. Das Stadtteilmarketing Gorbitz arbeite auch in sehr enger Verknüpfung und Verflechtung mit allen anderen Akteuren des Standortes.

Ziel der Arbeit sei, die Attraktivität des Standortes Gorbitz zu erhöhen, Wohn- und Lebensqualität so abzusichern, dass sich die Menschen wohlfühlen. Das sei bei einem Standort wie Gorbitz nicht ganz einfach, dazu brauche man die Unterstützung der Stadt. Diese Unterstützung sei durch Förderprogramme erfolgt. In den letzten 20 Jahren seien 24,6 Mio. Euro an Fördergeldern geflossen, davon ein nicht geringer Teil für den Stadtumbau. Gleichzeitig sei in Gorbitz von privaten Investoren sehr viel eingesetzt worden, nämlich das 10-fache. Hier habe sich Förderung durchaus gelohnt, denn was rückfließe, habe die ganze Förderung längst wieder ausgeglichen. Gorbitz sei auch seit 2005 an der „Sozialen Stadt“ beteiligt. Aus diesem Topf seien von den 24,6 Mio. Euro bisher 2,5 Mio. Euro geflossen.

Ein neues Problem sehe sie darin, dass die Förderung „Soziale Stadt“ um 75 % gekürzt werde, d. h., die Beweglichkeit sei relativ gering, vor allem deshalb, weil die nicht investiven Maßnahmen erheblich gekürzt werden sollen oder fast nicht mehr vorhanden seien.

Sie merkt weiter an, dass Gorbitz ein Stadtgebiet mit sozial außergewöhnlichen und besonderen Problemen sei. Am Standort gebe es Armut, eine deutlich erhöhte Arbeitslosigkeit, 60 % der Kinder leben in Familien mit Hartz IV. Es sei sehr schwer, diese sozialen Probleme und die Segregation zu bewältigen.

Der Stadtteil übernehme eine ganze Menge Arbeit. So versuche man, preisgünstige Wohnungen in einem gängigen Ambiente zur Verfügung zu stellen, was sich sehr schwierig gestalte. Weiterhin bemühe man sich, in allen Phasen den Erhalt des sozialen Friedens zu unterstützen.

Aus ihrer Sicht sei es dringend erforderlich, Gorbitz im Auge zu behalten, auch wenn ihr durchaus bewusst sei, dass Dresden mehr Probleme habe. Dennoch müsse Dresden als Ganzes gesehen werden. Obwohl aus dem Förderprogramm relativ wenig Geld fließe, sei sie froh darüber, dass der Stadtrat im letzten Jahr das Handlungskonzept beschlossen habe, das nunmehr umgesetzt werden solle. Dieses Handlungskonzept beinhalte beispielsweise in hohem Maße Bildungsaufgaben, damit nicht eine nächste Generation von Hartz-IV-Empfängern herangezogen werde, sondern sich Menschen entwickeln können, die sich selbstständig am Leben erhalten können. Weiterhin solle die soziale Durchmischung des Standortes verbessert werden, der durch die Belegungsrechte stark eingeschränkt sei. Eine starke Einschränkung existiere dadurch, dass die GAGFAH vor Ort sei. Die Stadt Dresden habe mit dem Verkauf der Woba eher einiges gut gemacht, Nachteile haben solche Stadtteile, die sich jetzt als soziale Brennpunkte darstellen, das betreffe außer Gorbitz auch Prohlis, denn dort werde im Moment nichts mehr investiert.

Sie erinnert daran, dass das Bürgerbüro in Gorbitz, übrigens das erste in Dresden, auch auf Initiative des Stadtteilmarketings entstanden sei unter der Maßgabe der Aufwertung des Standortes. Nunmehr soll das Bürgerbüro weg. Dies sei sehr unschön und kontraproduktiv gegenüber allen zu erledigenden Aufgaben. Die Bürger hängen an diesem Büro. Der Weg von Cotta nach Gorbitz sei auch nicht weit.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Kluger bemerkt, dass Ziel der Vorlage sei, der Dienstleistungsqualität und dem Bürgerservice Impulse zu geben. Die Kreativität, die in dieser Vorlage stecke, habe sich auf die Ausschussberatungen übertragen, die sehr offen gewesen seien.

Er finde es gut, dass die Vorlage zwischen den Themen Bürgerservice und Ortsamtsstruktur auch mit Blick auf Ordnung und Sauberkeit, einerseits eine Sortierung und andererseits eine Verbindung vornehme. So werde es in den Ortsämtern einen Sachbearbeiter für Ordnung und Sauberkeit geben, eine Entwicklung, die die CDU-Fraktion sehr begrüße. In der Tat bedarf es noch der Verbindung zum Eigenbetrieb Zentrale Technische Dienstleistungen. An dieser Stelle hätte man sich mehr Zuweisung von Ressourcen zu diesem Sachbearbeiter gewünscht.

Mit dieser Vorlage werden auch die Grundlagen geschaffen, um in jedem Ortsamt im Rahmen der Polizeistruktur, die jetzt entwickelt werde, vier Bürgerpolizisten zu schaffen. Dies sei eine gute Entwicklung, um gemeinsam mit dem Land vorwärts zu kommen.

Zum Thema Bürgerbüro Gorbitz verweist er darauf, dass es hier eine beispielhafte Entwicklung gebe. Der Bericht des Ortsbeirates, der aus einem Problem eine Lösung vorgeschlagen habe, sei 1 zu 1 in den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit übernommen worden. Er sei Frau Dr. Gantz für ihren speziellen Blick auf Gorbitz, für ihr Mahnen, dankbar. Er lade sie ein, sich vor Ort mit einzubringen.

Er bittet, im Sinne von mehr Bürgerservice und einer stärker bedarfsorientierten Beratung vor Ort um Zustimmung.

Herr Stadtrat Matthis stellt fest, dass diese Thematik eigentlich in die Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin gehöre und der Stadtrat die Vorlage nur zur Kenntnis nehme.

Bereits im Ausschuss habe er darauf verwiesen, dass er das, was die Verwaltung vorgelegt habe, inklusive der Nachbesserung von Herrn Zweiten Bürgermeister Sittel, für besser gehalten habe als das was der Ausschuss vorschlage, denn er halte das Bürgeramt für ausgesprochen gut, denn es mache überhaupt keinen Sinn, sich in den Ortsämtern länger eine Stadtbezirksverwaltung zu hallunzieren, was sie gar nicht mehr sei.

Er wundere sich schon über die Ausführungen von Herrn Stadtrat Kluger, der ein Plädoyer für das Bürgeramt abgegeben habe. Im Bericht des Ausschusses, dem er zugestimmt habe, das genaue Gegenteil drin stehe.

Aus seiner Sicht fehle in der Vorlage der gesamte Bürgerservice und Dienstleistungsservice, der über das Internet stattfinden könne. Die Öffnungszeiten in den Bürgerbüros seien eine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Regelung. Er persönlich halte es für wesentlich besser, wenn es einheitliche in sich konsistente Öffnungszeiten gebe. Im Übrigen sei die Begründung an dieser Stelle sehr dünn. Während an anderer Stelle sehr genaue Erhebungen vorgelegt wurden, sei die Behauptung, dass am Mittwoch- und Freitagabend nicht so viele Leute kommen würden, nirgends durch Zahlen untersetzt, er halte sie für nicht plausibel. Was die Frage der Standorte anbelangt, wäre er wesentlich flexibler. Er halte die Zuordnung zu den Ortsämtern für nicht zwingend notwendig. Wünschen würde er sich aber klare Kriterien, z. B. die Erreichbarkeit eines Amtes, Wartezeiten. Selbstverständlich sollten Bürgerbüros die gesamte Palette, möglichst ohne Einschränkungen, der Dienstleistungen anbieten.

Wenn man in Gorbitz kein richtiges Bürgerbüro aufrecht erhalten wolle, dann wäre es vernünftiger, darüber nachzudenken, ob man das Bürgerbüro für diesen Ortsamtsbereich an einer zentralen Stelle, z. B. Kesselsdorfer Straße, ansiedeln könnte. Da wäre sowohl den Bürgern in Gorbitz als auch in Cotta geholfen.

Abschließend schlägt er vor, geschäftsbereichsübergreifend darüber nachzudenken, ob es nicht mittel- und langfristig sinnvoll wäre, die Standorte von Bürgerbüros und Stadtteilbibliotheken miteinander zu verbinden. Das hätte mehrere Synergieeffekte.

Die Fraktion DIE LINKE. werde aus den von ihm genannten Gründen den Beschlusspunkten 1 und 4 des Berichtes des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit zustimmen, sich bei den Punkten 2 und 3 enthalten.

Herr Stadtrat Hoffsommer werde bei dem Ort „Optimierung“ im Gegenstand der Vorlage skeptisch. Das klinge zwar erst einmal schön, aber die neuen Bürgerservicewelten des Herrn Zweiten Bürgermeisters Sittel entwickeln sich dann doch nicht ganz so schön. Die Vorlage enthalte Zentralisierungs- und Rückbauideen. Diese Vorschläge solle der Stadtrat aber nur zur Kenntnis nehmen.

Er sei nicht der Meinung von Herrn Stadtrat Matthis, dass diese Thematik ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei. Bereits 2009 habe der Stadtrat Beschlüsse zur Struktur gefasst, die nicht rechtswidrig gewesen seien. Die Oberbürgermeisterin habe keinen Widerspruch eingelegt. Bei dieser Vorlage sei es plötzlich wieder ein Geschäft der laufenden Verwaltung. War es damals keine Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin? Jetzt, wo es um Rückbauten oder Zurücknahme von Bürgerbüros gehe, werde der Stadtrat nur noch informiert.

Das mache die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mit, denn man vertrete die Auffassung, dass der Stadtrat diese Vorlage beschließen müsse und nicht nur zur Kenntnis nehmen dürfe. Dies sei ein falscher Weg.

Laut Vorlage solle eine alternative Anlaufstelle geschaffen werden, mit offener Altenhilfe, Bildungsbahnen, Bürgerarbeit zur Formularhilfe. Ein entscheidender Punkt fehle aber. Wo seien

die Leistungen, die das Bürgerbüro vorher erbracht habe? Was hindere die Stadt daran, diesen Service weiterhin anzubieten?

Weiterhin sage die Vorlage aus, dass es einen Funktionsverlust für Ortsamtsleiter gebe und die Mitarbeiter im Bürgerbüro nicht mehr dem Ortsamtsleiter zugeordnet werden sollen. Das halte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls für falsch. Wenn man dezentral Bürgerservice organisieren wolle, sei es richtig und wichtig, dass die Ortsamtsleiter als dezentral Aktive vor Ort die Verantwortung tragen. Eine solche Entscheidung könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mittragen. Man werde die Vorlage auch nicht zur Kenntnis nehmen. Rechtlich finde er es höchst fragwürdig, was hier passiere.

Herr Stadtrat Pallas betont, dass er die Beratungsfolge der Vorlage kritisch und unlogisch sehe, da die Ortsbeiräte und Ortschaftsräte und zwei beratende Ausschüsse diese nur zur Information erhielten, jedoch Änderungen vorgenommen wurden. Alle Ortsbeiräte, die eine Empfehlung abgegeben haben, hätten ablehnend votiert.

Die Fachaufsicht der Bürgerbüros läge schon lange bei den Fachämtern. Die in der Vorlage benannten einheitlichen Standards einzufordern, sei Aufgabe des zuständigen Bürgermeisters, was aber nicht geschehen sei. Nicht nur die Gratulationen, sondern z. B. auch die telefonische Erreichbarkeit werde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgerbüros übernommen.

Mit dieser Vorlage werde ein Abbau von Verwaltungsservices vorgenommen. Die Vorlage gehe auf einen Stadtratsbeschluss von 2009 hervor, der auf einem CDU-Antrag mit dem Titel „Stärkung der Ortsämter und Ortsbeiräte“ basierte. Verglichen mit der Vorlage hätte die Stadt zukünftig keine Bürgerbüros, keinen Sachbearbeiter Bau – wie beschlossen – und keine dezentralen Servicestellen mit Technikvorhaltung für Ordnung und Sauberkeit in den Ortsämtern. Daher sei der Beschluss nicht erfüllt. In den Ortsbeiräten, in denen abgestimmt wurde, habe die Vorlage auch von der CDU keine Stimme erhalten.

Der einzige umgesetzte Punkt sei der des Sachbearbeiters für Ordnung und Sauberkeit, welche aber erkaufte werde mit der Schließung des Bürgerbüros Gorbitz. Er verstehe nicht, warum Klotzsche und Schönfeld-Weißig, wo geringfügig mehr bzw. weniger Einwohner leben, ein eigenes Bürgerbüro verdienen. Die Vorgänge pro Einwohner seien in Gorbitz an der Spitze, weshalb es beibehalten werden solle. Eine Mitarbeiterreduzierung bzw. Verlegung des Standorts hätte die SPD-Fraktion mitgetragen. Die Empfehlung des Ortsbeirates Cotta werde die SPD-Fraktion nicht befürworten, da die Schließung des Bürgerbüros Gorbitz nicht verhindert würde.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt den Punkten 1 und 4 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit mit 41 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt den Punkten 2 und 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit mit 34 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat** nimmt die Festlegungen der Oberbürgermeisterin gemäß Anlage 1 zur Struktur und zur Optimierung des Bürgerservice in den Bürgerbüros, den Ortsämtern und den Ortschaften der Landeshauptstadt Dresden zur Kenntnis.
2. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert zu prüfen, ob die künftige Struktur der Ortsamtsverwaltung dahingehend modifiziert wird, dass die Bildung des Bürgeramtes nicht vollzogen und die Zuständigkeit der Bürgerbüros bei den Ortsämtern belassen wird.

Das Prüfergebnis ist bis zum 31. Mai 2011 dem Stadtrat vorzulegen.

3. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert,
- die Erhaltung einer städtischen Anlaufstelle im Stadtteil Gorbitz, welche insbesondere in ihrer Beratungs- und Betreuungskompetenz gestärkt werden muss und dem Programm „Soziale Stadt Gorbitz“ dient, zu prüfen.
 - ein geeignetes Konzept für eine bis dahin zu eröffnende städtische Einrichtung zu erarbeiten. Diese soll in Kooperation mit dem Ortsamt Cotta, dem Quartiersmanagement Gorbitz sowie ehrenamtlichen und/oder gemeinnützigen Einrichtungen Beratungs- und Betreuungskompetenzen über die Möglichkeiten eines Bürgerbüros hinaus entwickeln.
 - alternativ auch andere Standorte für diese Einrichtung in Gorbitz zu prüfen.
4. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin mit der Evaluation der Qualität des Bürgerservice in den Bürgerbüros, den Ortsämtern und den Ortschaften der Landeshauptstadt Dresden. Eine Berichterstattung hierzu soll zum 30. Juni 2012 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Zustimmung

Punkte 1 und 4: Ja 41 Nein 20 Enthaltung 1

Punkte 2 und 3: Ja 34 Nein 21 Enthaltung 12

24 Fortschreibung des verkehrlichen Rahmenplanes für das Kerngebiet der Äußeren Neustadt Dresden

**V0783/10
beschließend**

Frau Stadträtin Haase wünsche sich, dass verkehrliche Rahmenpläne auch für andere Stadtteile erstellt würden, nicht nur für solche, in denen es von der Bürgerschaft gefordert werde. Die Straßen der Neustadt seien neben Verkehrsraum noch Wohnumfeld und Aufenthaltsbereich für Bewohner und Besucher. Weder Tempo 50 noch autofrei würde dem Stadtteil unter den jetzigen Rahmenbedingungen gerecht werden, weswegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es begrüße, dass die Verkehrsberuhigung in dem verkehrlichen Rahmenplan zur Geltung komme. Zum Thema Parken allerdings sei der Rahmenplan utopisch, da er verschiedene Standorte für Tiefgaragen zeige, die nicht wirtschaftlich zu betreiben seien. „Stellplätze um jeden Preis“ sei in diesem Stadtteil der falsche Ansatz.

Sie stellt den interfraktionellen Änderungsantrag vom 23. März 2011 vor und erläutert diesen.

Herr Stadtrat Bergmann lobe die intensive Bürgerbeteiligung und die Arbeit des Ortsbeirates Neustadt. Weitere Maßnahmen wären wünschenswert, z. B. der Verkehrsberuhigung in weiteren Straßen. Die Tiefgarage am Alaunplatz ziehe Verkehr in dieses ohnehin belastete Gebiet hinein, belaste die Anwohner und nehme den Spielraum für die Erweiterung des Alaunparks.

Bei der Akteneinsicht habe er 4 Machbarkeitsstudien zu den Parkplätzen gesehen, welche 9 Mio. Euro kosten würden.

Herr Stadtrat Böhme legt dar, dass in mehreren Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau intensiv debattiert worden sei. Deshalb sei er verärgert darüber, dass Ausschussarbeit im Stadtrat getätigt werde.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den interfraktionellen Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vom 23. März 2011 mit 30 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 50 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

1. Der verkehrliche Rahmenplan bildet die Grundlage für die weitere verkehrliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt Verkehrsberuhigung im Kerngebiet der Äußeren Neustadt Dresden.

Folgende Änderungen sind im Rahmenplan vorzunehmen:

- Seite 8, Kap. 3.3, 6. Absatz anfügen: „Sichere Zugänge zu dieser Haltestelle von der Neustadt und der Dresdner Heide sind sicherzustellen.“
- Seite 8, Kap. 3.3, anstelle des 8. (letzten) Absatzes wird angefügt: „Sollte sich an der gegenwärtigen Situation grundlegend etwas ändern (Parkhaus an der Peripherie, Neuordnung des Wohngefüges, Straßensanierung) ist die Einführung eines Quartierbusses für die Neustadt erneut zu prüfen.“
- Seite 9, Kap. 3.4, 3. Spiegelstrich, anstelle „behindertengerechte/nutzerfreundliche“: „behindertengerechte, nutzerfreundliche“.
- Seite 9, Kap. 4.1, 1. Spiegelstrich, wird wie folgt gefasst:
„Verstetigung des Verkehrsflusses auf den Hauptverkehrsstraßen, wobei hier ebenso auf den mobilen Individualverkehr zu achten ist wie auf den ÖPNV, den Radverkehr sowie den (querenden) und die Straßen begleitenden Fußgängerverkehr.“
- Seite 10, 1. Spiegelstrich oben: wird gestrichen.
- Seite 10, 3. Spiegelstrich, wird anstelle „Hauptverkehrs- und Sammelstraßen“ „Hauptverkehrsstraßen“ eingefügt.
- Seite 17, 2. Absatz, Zeile 8 wird „müssen“ ersetzt durch „müssten“.
- Seite 18, 1. Spiegelstrich, letzter Satz, wird wie folgt geändert: „Weitere Anlagen außerhalb des Sanierungsgebietes werden angestrebt, beispielsweise im Bereich Königsbrücker Straße/Lößnitzstraße.“
- Seite 18, Kap. 5.4, 5. Spiegelstrich, wird geändert: „Prüfung der Einführung des Bewohnerparkens in den angrenzenden Gebieten;“
- Seite 23, Kap. 7.4, 4. Spiegelstrich, wird geändert: „An den Hauptrouten Bautzener Straße und Königsbrücker Straße sind beidseitige, straßenbegleitende Radverkehrsanlagen auszubilden.“
- Seite 25, Kap. 8.4, 7. Spiegelstrich, nach „Passage Böhmisches Straße/Bautzner Straße „Loge)“ wird eingefügt:
„Passage Böhmisches Straße/Bautzner Straße (Block 25) – zur Lage siehe Plan 5, Passage Katharinenstraße/Bautzner Straße (Block 21), Passage Louisenstraße/Katharinenstraße (Block 20)“.

2. Der Beschluss „Verwendung von Stellplatzablösegebühren im Ortsamtsbereich Neustadt – Investitionsvorhaben Tiefgarage Louisenstraße 63 vom 9. August 2001 (Beschluss-Nr. V1372-31-2001)“ wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 50 Nein 0 Enthaltung 18

25 Erhalt und Entwicklung eines strukturreichen Altbaumbestandes auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Dresden

**A0205/10
beschließend**

Frau Stadträtin Zimmermann stellt den Antrag vor und erläutert ihn.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Naumann legt den Widerspruch zwischen Klimaschutz und dem Umgang mit den Bäumen und deren Bedeutung dar. Der Antrag würde mehr Stadtklima und Naturschutz erzeugen. Durch die Gehölzschutzsatzung werde der Stadt ein Freibrief zur Baumfällung erteilt.

Herr Stadtrat Pallas klärt auf, warum sich die SPD-Fraktion enthalten werde: Es sei im letzten Jahr zu einer Novellierung des Sächsischen Naturschutzrechtes gekommen, aber diese sei sehr unübersichtlich. Er wünscht sich, dass Herr Erster Bürgermeister Hilbert eine Novellierung in Dresden herbeigeführt und eine aktuelle Version beschlossen werde. Es gebe bezüglich des Gehölzschutzes Handlungsbedarf in Dresden, aber in dem Antrag stünden Dinge, die bereits in der Entwicklung seien. Aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen seien einige Ansatzpunkte des Antrages nicht möglich. Zudem seien einige Begriffe nicht definiert worden.

Herr Stadtrat Blümel hebt hervor, dass ein gesamtstädtisches Baumkataster personelle und finanzielle Ressourcen binde. Die Baumerfassung erfolge nicht nach Naturdenkmälern, sondern nach Vitalität und Verkehrssicherung. Es gebe bereits ein flächendeckendes Straßenbaumkataster und teilweise auch schon für Schulgelände. Im Straßenbaumkonzept und der Gehölzschutzsatzung sei bereits der Schutz und die Pflege der Bäume festgeschrieben. Über Baumfällungen würden mehrere Fachämter entscheiden. Zur Finanzierung des Antrages sei nichts beschrieben worden.

Frau Stadträtin Filius-Jehne meint, dass die CDU und FDP nicht mehr ganz mitbekomme, wie die Stimmung der Bevölkerung sei. Natur- und Umweltschutz seien sehr konservative Anliegen.

Herr Stadtrat Dr. Reuther erklärt, dass die Welt nicht untergehe, wenn dem Antrag nicht zugestimmt werde. Im Bericht des Ortschaftsrates Schönborn sei beschrieben, dass die bestehenden Regelungen zum Baumschutz ausreichend seien. Dies sehe die CDU-Fraktion ebenso. Zuerst müsste das umgesetzt werden, was der Stadtrat beschlossen habe.

Herr Stadtrat Rentsch erinnert daran, dass vor einiger Zeit mit der Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Straßenbau in die Kesselsdorfer/Tharandter Straße beschlossen worden sei, durch den 60 Bäume gefällt werden müssen. Die CDU-Fraktion hingegen habe die Straße durch das Gewerbegebiet Altplauen von Freital und dem 26er-Ring kommand bauen wollen.

Frau Stadträtin Zimmermann behauptet, dass Bäume in Dresden einen schweren Stand hätten. Der Antrag habe nicht die Neupflanzung, sondern den Erhalt von Bäumen zum Gegenstand. Vor 2 oder 3 Jahren sei unter einer befürwortenden Stellungnahme der Stadtverwaltung ein ähnlicher Antrag eingebracht worden, der ganz knapp mit 4 Gegenstimmen abgelehnt worden sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe immer für einen geringeren Querschnitt der Tharandter Straße plädiert. Die Ersatzneupflanzungen seien damals zudem nicht an der Tharandter Straße vollzogen worden, sondern z. B. im Jägerpark.

Sie erklärt den Begriff „Naturschutzrelevanz“, bei welchem sie sich externen Sachverständigen, z. B. von der ehemals existenten Baumschutzgruppe der Stadt, eingeholt habe. Anscheinend denken einige, dass mit der Aufhebung der Gehölzschutzsatzung auch das Naturschutzgesetz aufgehoben worden sei, da auch in der Vegetationsphase Bäume gefällt werden.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem ablehnenden Votum im Bericht des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft mit 38 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen zu. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 24 Nein 38 Enthaltung 6

26	Einführung einer Gruppenkarte für Schulen und Kindergärten zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen des Unterrichts (Unterrichtsfahrkarte)	A0167/10 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Herr Stadtrat Genschmar bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er bemerkt zudem, dass im Stadtrat zu viel Ausschussarbeit getätigt werde und die Vorlagen und Anträge dadurch immer vertagt würden.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Kießling meint, dass nicht die Rede sein könne von einer „guten Zusammenarbeit“ im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften. Eine Gruppenkarte bzw. die Möglichkeit für Kinder, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kostenfrei zu fahren, sei laut den Dresdner Verkehrsbetrieben sehr teuer. Die kleinen Maßnahmen würden laut dem DVB-Bericht mehrere 100 000 Euro kosten, sodass die Zahlen genauer untersucht worden seien. Letztlich würden nur diejenigen, die das Angebot wirklich bräuchten, abgerechnet, was nicht sehr viele Kinder seien.

Frau Stadträtin Thomas betont, dass vor einiger Zeit behauptet worden sei, man brauche und wolle kein „Schülerticket“. Sie erklärt, dass Kindergartenkinder als Gruppe bereits kostenlos fahren könnten und Schüler 90 Cent bezahlen. Sie fragt, wie die Verwaltungskosten gerechtfertigt werden sollen gegen den Nutzen, den die Kinder haben. Die Schülerbeförderungssatzung sollte erneuert und auf die aufwendigen Modellprojekte verzichtet werden. Das Hauptproblem sei der Mangel an Zeit und Personal. Dies müsse vom Kultusministerium geklärt werden.

Herr Stadtrat Krien äußert, dass die NPD die Idee des Schülertickets so oder vergleichbar bereits vorgetragen habe. Dem Anliegen des Antrages könne zugestimmt werden, da er die kostenfreie Schülerbeförderung für alle fordere. Er frage, wo Prioritäten gesetzt würden, da erst eine Kostenschätzung gemacht werden solle. Einmal pro Monat sei er bei einem seiner Kinder als Begleitperson mitgefahren und er habe festgestellt, dass es in der Praxis anders laufe, nämlich dass z. B. die Lehrerin das Geld auslege. Der Mehraufwand an Arbeit sei zutreffend, weswegen er es befürworte, wenn Lehrerinnen und Lehrer bzw. Hortnerinnen und Hortner sich um fachliche Dinge kümmern könnten als um den Stress mit Fahrkarten.

Für die Klage gegen die GAGFAH würden 10 Mio. Euro zum Führen des Verfahrens eingesetzt und für den Umbau des Kulturpalastes 100 Mio. Euro. Wenn es um das Wertvollste, die Kinder, gehe, müsse allerdings erst eine Kostenanalyse stattfinden.

Da der Antrag in den Ausschüssen aufgeweicht worden sei, beantragt er die Abstimmung über den ursprünglichen Antrag.

Abstimmung:

Der Antrag von Herrn Stadtrat Krien wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen mit 43 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Beschlusses des Bundesrates zum Bildungspaket für Kinder einkommensschwacher Eltern, im Rahmen eines Modellprojektes an mindestens zwei Kindergärten, zwei Grundschulen, zwei Mittelschulen und zwei Gymnasien (jeweils in zentraler und peripherer Lage) die Abrechenbarkeit von Fahrkarten für Unterrichtsfahrten für mindestens ein halbes Jahr einzuführen. Die Möglichkeit der Abrechnung soll an den Einrichtungen bekannt gemacht werden. Die Ergebnisse sollen als empirische Grundlage für die Kostenschätzung für eine flächendeckende Einführung eines Unterrichtstickets genutzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 43 Nein 9 Enthaltung 5

27 Musikalische Bildung

**A0204/10
beschließend**

Vertagung

28 Erweiterung des Skaterparkes an der Lingnerallee

**A0215/10
beschließend**

Frau Stadträtin Lässig stellt den Antrag vom 10. Dezember 2010 vor und erläutert diesen.

Die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE. vom 3. März 2011 würden bereits so vollzogen.

Herr Fred Stürmer nimmt sein Rederecht wahr und betont, dass jeder Nutzer der Skateranlage die Erweiterung befürworte. Ab dem nächsten Winter fehle der Skatergemeinschaft die Skaterhalle. Es gebe Teile, die nicht oder nur teilweise befahrbar seien. Es sei nicht genug mit den Sportlern zusammengearbeitet worden. An vielen Stellen senke sich der Boden und platze der Beton auf, wodurch Kanten entstünden und die Verletzungsgefahr stark steige.

Herr Stadtrat Blümel merkt an, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimme.

Frau Stadträtin Zimmermann hebt hervor, dass die Skateranlage an der Hauptverkehrsroute für Fahrradfahrer liege und dies berücksichtigt werden müsse. Der Bedarf läge eher in der Sanierung als in der Erweiterung.

Herr Stadtrat Böhme betont, dass Skater in die Planung 2005/2006 für die jetzige Anlage einbezogen worden seien. Die Wartungsarbeiten würden durch das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft vollzogen und seien in der Planung vorhanden.

Herr Stadtrat Wirtz konstatiert, dass es im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau Gespräche mit der Verwaltung gegeben habe. Dass Fahrradfahrer zum Absteigen genötigt würden, werde die Fraktion DIE LINKE. nicht mittragen. Er wundere sich, dass die Verwaltung arbeite, obwohl noch kein Beschluss gefasst wurde.

Herr Stadtrat Dr. Reuther korrigiert im Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft Folgendes: „3. zu prüfen, **ob**“ und in Punkt 4: „gewährleistet“.

Herr Erster Bürgermeister Hilbert meint, dass diese redaktionellen Änderungen vollzogen würden.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 3. März 2011 mit 24 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft mit 65 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. für die Erweiterung des Skaterparkes an der Lingnerallee – wie im Siegerentwurf zum Wettbewerb Skaterpark Lingnerallee aus dem Jahr 2006 enthalten – eine Planung mit Kostenschätzung bis zum 31. Juli 2011 vorzulegen,
2. für die mögliche Umsetzung des zweiten Abschnittes – so wie beim bereits 2006 fertig gestellten Abschnitt – die Einwerbung von Spenden zu prüfen,
3. zu prüfen, ob eine Realisierung des Vorhabens im Jahr 2012 erfolgen kann.
4. Der Standort ist so zu wählen, dass keine Barrieren für Radfahrer und Fußgänger entstehen und weiterhin eine Grünzugvernetzung gewährleistet ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

29	Unterstützung der Landeshauptstadt Dresden für ein Sanktionsmoratorium	A0281/10 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Vertagung

30	Erwerb der Erweiterungsfläche am Alaunplatz, Gemarkung Dresden-Neustadt, Flurstück 2865/1, (ehemaliger sogenannter "Russensportplatz")	A0285/10 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Vertagung

31	Sicherung der Möglichkeit zur Westerweiterung des Alaunparks	A0286/10 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Vertagung

32	Verkehrsberuhigte Zone Altlaubegast	A0297/10 beschließend
-----------	--	----------------------------------

Vertagung

33 Sicherung des Betriebes der Schwimmhalle Klotzsche**A0299/10
beschließend**

Vertagung

34 Dresden - Stadt der bewegungsfreudigen und gesunden Kinder: Modellkonzept für fortschrittliche Bewegungs- und damit Gesundheitsförderung im Kindesalter**A0305/10
beschließend**

Frau Stadträtin Wagner stellt den Antrag vor und begründet ihn. Sie beantragt, im Bericht des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen das Datum in Punkt 4, „Rahmenkonzept“ zu ändern in „spätestens **nach der Sommerpause**“.

Wortmeldungen:

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch bemerkt, dass der Antrag an sich nicht schlecht sei, aber vielfach überzogen. Der sportliche Aspekt sei aber nicht vorrangig in der Erziehung der Kinder. Dies alles sei, wie im Antrag begründet wurde, Bestandteil des Sächsischen Bildungsplanes. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Frau Stadträtin Thomas meint, dass der Antrag gut sei und auch beschrieben sei, dass bei Sanierung und Neubau genügend Platz vorhanden sein müsse. Sie verweist auf den Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, in welchem die Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Hort beschrieben sei. Das möglicherweise kommende „Funktionalprogramm Grundschule“ würde dem Ansinnen des Antrages entgegenstehen, weil es nicht möglich sei, den Kindern ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen mit 64 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zur Bewegungs- und damit Gesundheitsförderung von Kindern folgende Maßnahmen zur Ausgestaltung der im Sächsischen Bildungsplan aufgeführten Anforderungen (Punkt 2.1.3) zu ergreifen:

1. Bei Sanierung und Neubau von Kindertagesstätten sind Möglichkeiten der Bewegungsförderung von Planungsbeginn an mit einzubeziehen. Eine Raumkonzeption, Ausstattung und Umfeldgestaltung, die den Kindern vielfältige Bewegungsangebote und -erfahrungen ermöglicht, ist generell im Innen- und Außenbereich anzustreben.
2. Bei bestehenden Einrichtungen ist zu prüfen, inwiefern die Umfeldbedingungen hinsichtlich einer optimalen Bewegungsförderung im Kindesalter optimiert werden können. Entsprechende notwendige Maßnahmen sind einzuleiten.
3. In Zusammenarbeit mit der Unfallkasse Sachsen werden städtische und freie Kindertagesstätten durch den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen informiert und unterstützt, sich am Zertifizierungsprozess „Bewegte und sichere Kita“ zu beteiligen und diesen erfolgreich zu absolvieren.
4. Die Landeshauptstadt Dresden entwickelt unter Hinzuziehung von auf diesem Gebiet erfahrenen Kooperationspartnern, wie dem Kreissportbund Dresden und der Fach-AG Kita, ein Modellkonzept für fortschrittliche Gesundheits- und Bewegungsförderung im Kindesalter. Dessen Ziel sind feste Partnerschaften und verstärkte Bewegungsangebote mit und durch Sportvereine in kommunalen und freien Kindertageseinrichtungen.

- Rahmenkonzept: In einem ersten Schritt wird dazu ein Rahmenkonzept zur Koordinierung der besseren Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Sportvereinen erarbeitet. In dessen Erarbeitung sind Erfahrungen anderer Städte (z. B. Projekt „Kinder fit machen“ in Hoyerswerda oder das aktuelle Pilotprojekt in Dohna) einzubeziehen. Das Rahmenkonzept ist dem Stadtrat bis spätestens nach der Sommerpause zur Kenntnis vorzulegen.
 - Praxistest: Mittels einer anschließenden einjährigen Praxisphase wird das erarbeitete Rahmenkonzept in ausgewählten Einrichtungen modellhaft erprobt. Anhand der im Praxistest gewonnenen Erkenntnisse wird die Erstkonzeption evaluiert, bei Bedarf überarbeitet und dem Stadtrat zur verbindlichen Beschlussfassung vorgelegt.
 - Implementierungsphase: Auf Grundlage des Rahmenkonzeptes werden in allen Dresdner Kindertageseinrichtungen einrichtungsbezogene Umsetzungsmaßnahmen zur Gesundheits- und Bewegungsförderung ab dem Schuljahr 2012/2013 eruiert, entwickelt und in die Einrichtungskonzeption fixiert.
5. Zur federführenden und beschleunigten Erarbeitung sowie anschließenden praktischen Umsetzung des Modellkonzeptes soll mit dem Kreissportbund Dresden eine Vereinbarung zum Einsetzen eines „Bewegungskoordinators“ getroffen werden.
 6. Im Sinne des Modellkonzeptes werden durch den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen in Zusammenarbeit mit geeigneten Trägern (Uni Leipzig, Landessportbund Sachsen, Kreissportbund Dresden) Weiterbildungsveranstaltungen zur Bewegungsförderung von Kindern angeboten und die Erzieherinnen/Erzieher in Dresdner Kindertagesstätten zur Teilnahme motiviert.
 7. Die Veranstaltung „Leos Mini Cup“ des Kreissportbundes Dresden wird mit dem Ziel der Einbeziehung möglichst vieler Kindertagesstätten durch den Eigenbetrieb Sportstätten- und Bäderbetrieb, den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen sowie die Geschäftsbereiche Allgemeine Verwaltung und Soziales bestmöglich unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 64 Nein 0 Enthaltung 2

35 Baustein für ökologischen Stadtumbau - Passivhausstandard für stadteigene und städtisch genutzte Gebäude A0273/10 beschließend

Frau Dr. Unger stellt den Antrag anhand einer PowerPoint-Präsentation ausführlich vor und erläutert ihn.

Herr Stadtrat Wirtz betont, dass es innerhalb der letzten 20 Jahre fast in einem 3-Jahres-Rhythmus eine Verschärfung der Anforderungen an den energetischen Zustand der Gebäude gegeben habe. Er sagt voraus, dass künftig auch eine Nachrüstpflicht für Bauherren kommen werde. Dresden sollte mutig sein und so planen, dass die Gebäude noch nachhaltig gebaut sind, wenn sie übergeben worden seien. Dies sei im Passivhausstandard der Fall.

In Frankfurt am Main und Nürnberg sei der Passivhausstandard bei öffentlichen Gebäuden von der Stadt verlangt. Frankfurt habe für Heizung, Strom und Wasser einen Kostenverbrauch von 29,6 Mio. Euro.

Dresden wolle keine Schulden aufnehmen. Deshalb solle man den Nachfahren keine „Energieschleudern“ von Gebäuden hinterlassen. Ein saniertes Gebäude werde 30 Jahre lang nicht mehr saniert, weshalb es wichtig sei, mehr zu tun, als gesetzlich verlangt sei. Der Erdgaspreis pro m³ sei von 2000 bis 2008 2 ½ mal höher geworden.

Herr Stadtrat Löser zitiert Herrn Mücke, den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesbauminister: „Passivhäuser weisen einen der möglichen Wege zum ‚Nahe-Null-Energiehaus‘, das ab 2021 europäischer Standard für alle Neubauten sein wird. Der Wettbewerb trägt dazu bei, das Konzept Passivhaus noch populärer zu machen. Die prämierten Projekte zeigen, dass hochenergieeffiziente Gebäude durchaus schön und attraktiv aussehen können. Sie zeigen auch: das Passivhaus ist kein Architekturstil, sondern in vielen Gestaltungsformen realisierbar, und zwar nicht nur für Wohngebäude.“

Er meint, dass Frankfurt am Main von der CDU regiert werde. Er hebt hervor, dass das Staatsarchiv bereits im Passivhausstandard errichtet worden sei. 90 % der Energiekosten im Heizungssektor könnten eingespart werden. Sowohl im Winter als auch im Sommer könne im Passivhaus eine angenehme Temperatur geschaffen werden. Falls der Passivhausstandard auf alle öffentlichen Gebäude angewandt werde, habe man 2021 einen Vorsprung.

Herr Stadtrat Pallas legt dar, dass die SPD-Fraktion die Richtung teile, da bei Dresdner Gebäuden ein massives Energieproblem vorhanden sei. Der Antrag würde als Vorreiter und Vorbild vorangehen. Der Passivhausstandard wäre nicht überall realisierbar, weswegen er beantragt, den Bericht des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft als Abstimmungsgrundlage zu nehmen.

Herr Stadtrat Dr. Gebel wisse, dass das Thema „Energie“ die Menschen in den nächsten Jahrzehnten beschäftigen werde. Er bringt das Beispiel eines Plusenergiehauses an, welches seiner Zeit voraus sei, aber 970 000 Euro koste. Die Regelungen bezüglich der Energieeinsparverordnung seien schon sehr streng. Selbst bei einem Ersatz der Fenster oder dem Streichen der Fassade müsse ein Hausbesitzer sich an diese Regelungen halten. Z. B. bei einer neuen Dämmung könne es sein, dass auch das Dach erneuert werden müsse. Die Formulierungen im Antrag wären so nicht umsetzbar, da die Häuser zur Sonne ausgerichtet werden müssten. Bei Schulen sei teilweise negativ zu sehen, weil durch die nicht optimale Lüftung montags die Räume kühl seien.

Herr Stadtrat Dr. Reuther erklärt, dass die CDU-Fraktion ebenfalls den Bericht des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft als Abstimmungsgrundlage sehe. Herr Mücke habe auch bemerkt, dass die Kosten und der Wettbewerb es richten würden. Nicht an jeder Stelle sei der Passivhausstandard sinnvoll, weswegen dieser nicht zwingend vorzuschreiben sei.

Herr Stadtrat Krien erklärt, dass in Frankfurt am Main eine Stadtregierung zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vorhanden sei.

Herr Stadtrat Löser konstatiert, dass sich die Dämmung von 30 Zentimetern nicht für Neubauten ergäbe. Das Plusenergiehaus und das Passivhaus seien sehr verschiedene Dinge. Die Technologie des Passivhauses werde bereits seit 20 Jahren getestet und er wisse, dass die Häuser eingeregelt werden müssten.

Auf Bundesebene hätte die Union und die FDP in der Atomkraftdebatte zu spät erkannt, dass ein anderer Wind wehe. Die CDU und FDP sei hier gegen zukunftsweisende Technologien. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle nichts, was unwirtschaftlich oder nicht abbildbar sei. In einem halben Jahr will die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag wieder einbringen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt mehrheitlich zu, den Bericht des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft zur Grundlage der Abstimmung zu nehmen.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft mit 56 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für alle neu zu errichtenden Gebäude der Stadtverwaltung, städtischer Einrichtungen und Eigenbetriebe sowie alle Gebäude, die im Rahmen von PPP-Modellen künftig für die Stadt Dresden errichtet werden, zu prüfen, ob diese entsprechend dem Passivhaus-Standard errichtet werden können, außer bei Gebäuden, die prioritär mit Fernwärme versorgt werden. Bei künftigen Sanierungen von Gebäuden der Stadtverwaltung, städtischer Einrichtungen und Eigenbetriebe sowie von Gebäuden, die die Stadt Dresden im Rahmen von PPP-Modellen nutzt, ist zu prüfen, ob Passivhaus-Komponenten eingesetzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 56 Nein 9 Enthaltung 0

36 Bibliotheksentwicklungsplan 2011 - 2013 **V0762/10**
beschließend

Vertagung

37 Aufnahme der Kindertageseinrichtung Otto-Harzer-Straße in **V0764/10**
01156 Dresden in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen **beschließend**
Dresden

Vertagung

38 Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Jahresab- **V0975/11**
schlüsse der beiden städtischen Krankenhäuser für die Jahre **beschließend**
2011 und 2012

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen mit 58 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2011 und 2012 der Eigenbetriebe Städtisches Krankenhaus Dresden-Neustadt und Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt, Städtisches Klinikum, zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 58 Nein 0 Enthaltung 0

39 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes **V0890/10**
(INSEK 2002) **beschließend**

Vertagung

40 Fragestunde der Stadträtinnen und Stadträte (1 Fragerunde)

Folgende mündliche Anfragen sind schriftlich zu beantworten:

Herr Stadtrat Dr. Lames, SPD-Fraktion,

zum aktuellen Sachstand bei den Vergleichsgesprächen mit der GAGFAH sowie über die erhobene Klage und deren mögliche Auswirkungen auf die Mieter (mAF0148/11);

Herr Stadtrat Genschmar, FDP-Fraktion,

zur Höhe der Kosten für die Beseitigung der Sachbeschädigungen und mutwilligen Verschmutzungen des Pustebumen-Brunnens in Prohlis und was die Stadt dagegen tun wolle (mAF0145/11);

Herr Stadtrat Kaboth, BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion,

zur Fortschreibung des Luftreinhalteplanes 2011 (mAF0144/11),

Herr Stadtrat Stübner, CDU-Fraktion,

zum Sachstand der Planungen für das Bauvorhaben Rathaussanierung Ostflügel (mAF0147/11);

Frau Stadträtin Klepsch, Fraktion DIE LINKE.,

zum Zutrittsverbot an Dresdner Schulen am 1. Juni 2011 (mAF0146/11);

Herr Stadtrat Löser, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

zum Stand der Umsetzung des Beschlusses V0729/10 – Kraftwerk Mitte (mAF0149/11);

Herr Stadtrat Krien, fraktionslos,

zu baulichen oder verkehrlichen Veränderungen im Zusammenhang mit dem Spielplatz am Hohenthalplatz (mAF0143/11).

Dirk Hilbert
Vorsitzender

Elsa Claus
Schriftführerin

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Gunter Thiele
Stadträtin/Stadtrat

Jens Hoffsommer
Stadträtin/Stadtrat